Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 199. Montag, den 26. August 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Positive Arbeit der Sozialdemokratie.

I.

Der unangebrachteste und törichteste Vorwurf, der gegen die Sozialdemokratie erhoben wird, ist, sie wolle in den Parlamenten keine positive Arbeit leisten. Tatsache ist, daß die Sozialdemokraten von größter Arbeitslust beseelt sind, aber von den bürgerlichen Parteien an gründlicher Reformarbeit gehindert werden. Gerade die Gegner der Sozialdemokratie sind Feinde ersprießlicher positiver Arbeit im Interesse der breiten Volksmassen. Der diesjährige Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zeigt erneut, zu welcher Fülle von positiver Arbeit die Sozialdemokratie bereit ist.

Die Fraktion brachte 34 Initiativanträge ein. Von diesen beziehen sich zwei auf Änderung des Wahlrechts, einer auf andere Ergänzungen der Reichsverfassung, zwei auf das Versicherungswesen, achtzehn auf Arbeiterrechtsverhältnisse, je einer auf Beamtenbesoldungen, auf das Wohnungswesen, auf das Schulwesen, auf das Reichsvereinsgesetz, auf das Strafgesetzbuch, auf das Steuerwesen, auf das Verbot der Einfuhr von Schlachtvieh. Einer zielt auf Änderung der Geschäftsordnung ab. Zur Beratung gelangte nur der auf die Geschäftsordnung sich beziehende Antrag. Jedoch wurde der wesentliche Inhalt des auf strafrechtlichem Gebiete gestellten Antrages, die sogenannte kleine Strafgesetznovelle, durch einen ähnlichen, von allen Parteien unterschriebenen Antrag auf die Tagesordnung gebracht. Derselbe ist durchberaten und Gesetz geworden. Der Inhalt einer Reihe von Initiativanträgen wurde zum Etat als Resolution eingebracht und bei den Etatsverhandlungen besprochen. Wie der Reichstag sich zu ihnen stellte, mag durch die nachstehende Erörterung des Inhalts der Initiativanträge dargelegt werden.

Zum Wahlrecht wurde die Einführung des Verhältniswahlsystems für die Reichstagswahlen, die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen unter den gleichen Bedingungen wie den Männern und die Festlegung des Wahltages auf einen Sonn- oder Festtag durch Gesetz verlangt. Durch Verordnung des Reichskanzlers solle für gleichartige Wahlurnen auf Kosten des Reiches gesorgt werden. Die Einführung einheitlicher und das Wahlgeheimnis sichernder Wahlurnen wurde auch im Anschluß an einen Bericht der Walhprüfungskommission über eine Eingabe, die bestimmte Wahlurnen empfahl, kurz vor der Vertagung, am 21. Mai von uns beantragt. Der Antrag gelangte, wie der Präsident konstatierte, mit Einstimmigkeit zur Annahme.

Die Einführung des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts in allen Bundesstaaten mit aktivem und passivem Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bundesstaat, in dem sie ihren Wohnsitz haben, durch Ausgestaltung der Reichsverfassung verlangt ein anderer Initiakivantrag der Fraktion. Weitere Verfassungsanträge zielen hin auf: Mitentscheidung des Reichstages zur Erklärung des Krieges, Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für seine Amtsführung, Aufhebung auch der Strafhaft von Abgeordneten auf Verlangen des Reichstages, Zeugnisverweigerungsberechtigung der Mitglieder des Reichstages, eines Landtages, oder einerKammer eines zum Reich gehörigen Staates und der Mitglieder eines kommunalen Vertretungskörpers in Ansehung dessen, was ihnen in dieser ihrer Eigenschaft anvertraut ist, und auf Festlegung des Rechts des Reichstages, Kommissionen zur Untersuchung von Tatsachen einzusetzen. Auf dem Gebiete des Versicherungswesens verlangt ein Antrag die obligatorische Versicherung gegen Viehseuchen. Er gelangte bei der Etatsberatung in Form einer Resolution im Plenum zur Verhandlung und Annahme.

Von den sozialpolitischen Anträgen, welche eine Einwirkung auf das Arbeiterrechtsverhältnis bezwecken, betrifft einer die Reichsversicherungsordnung, 17 den Arbeitsvertrag. Die Reichsversicherungsordnung soll dahin abgeändert werden, daß 1. den Versicherten in den Ortskrankenkassen ein Selbstverwaltungsrecht in dem Umfang gegeben wird, wie es im Krankenversicherungsgesetz gegeben war, 2. die Versicherungsämter selbständige Behörden werden, 3. die Versicherungsvertreter und Beisitzer bei den Versicherungsbehörden von den Versicherten und den Unternehmern in getrennten Wahlgängen mittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl gewählt werden, 4. die Krankenversicherung auf alle Angestellten mit einem Jahresgehalte von weniger als 5000 Mark ausgedehnt wird, 5. in allen Versicherungszweigen der volle Arbeitsverdienst der Versicherung zugrunde gelegt wird, 6. allgemeine Ortskrankenkassen die alleinigen Träger der Krankenversicherung werden, 7. Erleichterung zur Erlangung und Erhöhung der Bezüge, insbesondere: a) größerer Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen, b) Erklärung der sogenannten Gewerbekrankheiten einschließlich der klimatischen Krankheiten der Seeleute als Betriebsunfall, c) Erleichterung zur Erlangung der Invalidenrente, d) Gewährung der Altersrenten bei Vollendung des 65. Lebensjahres, e) Erhöhung der Hinterbliebenenrente, 8. eine andere Verteilung der Lasten durch größere Bereitstellung von Reichsmitteln herbeigeführt wird. Durch einen besonderen Antrag wurde verlangt: reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln an die Arbeitslosenkassen der Gewerkschaften.

Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland ist zur Fristung ihrer Existenz und der ihrer Angehörigen auf die Verwendung ihrer geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für das wirtschaftliche oder gewerbliche Unternehmen oder für die häusliche Gemeinschaft eines anderen gegen Entgelt angewiesen. Dieser weitaus größte und für die Erhaltung des Gemeinwesens des Deutschen Reiches unentbehrlichste Teil Deutschlands ist auf den Ertrag aus seiner Arbeitskraft angewiesen, um leben zu können. Er und die Allgemeinheit hat das lebhafteste Interesse daran, daß ihm Arbeitsgelegenheit gegeben, daß das Entgelt für seine Arbeit ihm nicht vorenthalten oder von Dritten beschlagnahmt werde und daß seine Arbeitskraft erhalten und gegen Vergeudung, Mißbrauch und Gefährdung geschützt werde. Dies Interesse ist ein gleichmäßiges, gleichviel, ob der Arbeiter im Handel, in der Industrie oder der Landwirtschaft, mit wissenschaftlichen, kaufmännischen oder technischen Diensten beschäftigt oder ob er als Angestellter oder als gewerblicher oder ländlicher Arbeiter oder als Handlungsgehilfe oder als Bureauarbeiter oder wie sonst bezeichnet wird. Besondere aus der Eigenart der Beschäftigung folgende Schutzvorschriften gegen Mißhandlung der Arbeitskraft sind überdies erforderlich. Im Gegensatz zu der demnach dringlichsten Forderung eines allgemeinen, großzügigen Arbeiterschutzgesetzes hat die Gesetzgebung des Reiches nur widerwillig, gezwungen durch die in der Sozialdemokratie politisch organisierte Arbeiterklasse Bestimmungen zum Schutze der Arbeitskraft und zur Regelung des Arbeitsverhältnisses geschaffen. Diese Vorschriften sind völlig unzulänglich, ihr Ausbau dringend erforderlich. Überdies wird die Rechtsunsicherheit der auf den Ertrag eines ihrer Arbeit Angewiesenen durch die zersplitterte, unübersichtliche, in vielerlei Gesetzbücher zerstreute Regelung der Materie gefördert. Dieser Zustand der Dinge macht den Ausbau und die Vereinheitlichung des Arbeiterrechts durch einen Gesetzentwurf, der die zum Schutz der Arbeiter und Angestellten und zur Regelung des Arbeitsvertrages bestehenden Gesetze zusammenfaßt und ausbaut, zu einer dringenden gesetzgeberischen Aufgabe. Die Fraktion verlangte die Vorlegung eines solchen Gesetzentwurfes, ferner die einheitliche Regelung des Arbeitsnachweises im Reiche durch einen Gesetzentwurf, der bestimmt, daß 1. für alle Bezirke des Reiches Arbeitsnachweisstellen errichtet werden; 2. daß in größeren Orten der Arbeitsnachweis nach Industrie- und Erwerbsgruppen gegliedert wird; 3. daß die Arbeitsnachweisstellen unter Leitung eines Vorstandes stehen, dessen Mitglieder in gleicher Anzahl von Arbeitern und Unternehmern auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Abstimmung gewählt werden; 4. daß der Arbeitsnachweis unentgeltlich ist und daß er Strafbestimmungen und Einrichtungen von Unternehmern trifft, die zur Maßregelung von Arbeitern und Angestellten dienen.

Damit die Möglichkeit einer Verfolgung der schmalen aus dem Arbeitsvertrag folgenden Rechte des Arbeiters geschaffen werden, ist für alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigte Personen, soweit sie nicht dem Gewerbe- oder Kaufmannsgericht unterstehen, die Schaffung eines Arbeitsgerichts zur Entscheidung über alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag erforderlich, das im organisatorischen Aufbau den Gewerbegerichten entspricht und je nach Bedarf besondere Kammern und Abteilungen für größere Berufsgruppen enthält. Die Vorlegung eines solchen Gesetzes fordert ein Initiativantrag. Das für alle Arten Arbeiter, die auf Grund eines Arbeits- oder Dienstvertrages Arbeiten oder Dienste leisten, gültige Lohnbeschlagnahmegesetz bedarf dringend der Änderung nach zwei Richtungen hin. Das Lohnbeschlagnahmegesetz setzt als ein (von einigen Ausnahmen abgesehen) dem Zugriff der Gläubiger entzogenes Existenzminimum den Betrag von 1500 Mark jährlich fest. Erst wenn 1500 Mark jährlich verdient sind, darf eine Beschlagnahme des Lohnes stattfinden. Ein erheblicher Teil der Rechtsprechung hat im Gegensatz zum Wortlaut und dem Sinn des Gesetzes sowie der Absicht des Gesetzgebers seit der Novelle zum Lohnbeschlagnahmegesetz vom 17. Mai 1898 die Unpfändbarkeit dahin beschränkt, daß bereits der 1500 Mark Jahresverdienst entsprechende Monatsverdienst (125), Wochen oder gar Tagesverdienst der Pfändung und Beschlagnahme freistehe. Dieser Verschlechterung des Schutzes der Existenzmöglichkeit des Arbeiters und Angestellten soll ein Abänderungsvorschlag zum Lohnbeschlagnahmegesetz entgegenwirken, der gleichzeitig der Verminderung der Kaufkraft des Geldes entsprechend den unpfändbaren Jahresbetrag von 1500 auf 2500 Mark erhöht.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die drohende Hungersnot.

Es ist ganz unmöglich, daß der Fleischbedarf vom Inlande gedeckt werden kann. Im vorigen Jahre sind große Viehbestände wegen des Futtermangels abgeschlachtet worden, dann, als die Preise anzogen, brachten die Landwirte das Vieh, selbst das noch nicht schlachtreife, an den Markt, um der höheren Preise willen, und noch in letzter Zeit haben die Rekordpreise manchen Besitzer auch zur Entäußerung des notwendigsten Viehbestandes verleitet. Die Folge wird, so führt die Arbeitsmarktkorrespondenz aus, eine geradezu chronische Fleischteuerung sein. Die hohe Rentabilität des Getreideanbaues hat überdies schon einen ganz erheblichen Teil der Landwirte veranlaßt, das Hauptgewicht auf den Ackerbau zu legen und zur fast gänzlich viehlosen Wirtschaft überzugehen. In wie hohem Grade die fortschreitende Verteuerung aller wichtigeren Lebens- und Genußmittel auf die gesamte Lebenshaltung des Mittelstandes und der Arbeiterklasse einwirkt, ergibt sich aus der Bewegung der Haushaltskosten, die in auffallendem Gegensatz steht zu der Entwicklung der Einkommensverhältnisse. Berechnet man die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kinder, in der Weise, daß man die dreifache Verpflegungsration des deutschen Marinesoldaten zugrunde legt, so erhält man nach den Angaben von 192 deutschen Städten für die ersten sieben Monate 1911 und 1912 folgende Ziffern in Mark:

1911:	Januar . . .	23,50	Mk. pro Woche
	Februar . .	23,61	„ „ „
	März . . .	23,60	„ „ „
	April. . . .	23,80	„ „ „
	Mai	23,72	„ „ „
	Juni	23,97	„ „ „
	Juli	24,37	„ „ „
1912:	Januar . . .	24,69	„ „ „
	Februar. . .	24,83	„ „ „
	März . . .	25,18	„ „ „
	April. . . .	25,74	„ „ „
	Mai	25,52	„ „ „
	Juni	25,85	„ „ „
	Juli	26,10	„ „ „

Gegen Juli 1911 ergibt sich eine Erhöhung der Haushaltskosten um 1,73 Mk.

Seit Januar 1911 hat sich aber der Nahrungsmittelaufwand einer vierköpfigen Familie bereits um 2,60 Mk. pro Woche verteuert. Es kommt hinzu, daß gleichzeitig auch die Brennmaterialien, Textilrohstoffe und Mietpreise für Kleinwohnungen fast durchweg gestiegen sind. Soweit für den Monat August schon statistische Angaben vorliegen, zeigt sich, daß die Preise für Rindfleisch (vom Bauch) fast überall die Grenze von 2 Mk. pro Kilo erreicht haben. Schweinefleisch (von Bug, Schulter, Vorderschinken) wird mit 2 bis 2,40 Mk. bezahlt, und Schweinespeck kostet bereits 2 bis 2,20 Mk. pro Kilo.

Und das im Hochsommer! Wie soll das im Winter werden? Wir gehen einer furchtbaren Hungersnot entgegen, die Regierung aber sieht untätig zu.

Das Württembergische Statistische Landesamt hat soeben Zahlenmaterial zur Fleischteuerung veröffentlicht. Es

wird eine Übersicht über die Preisbewegung für Rindvieh und Schweine im letzten Jahrzehnt gegeben, nach der die Engrospreise für Rindvieh an sämtlichen berücksichtigten Märkten bis zu 38 Prozent innerhalb eines Jahrzehnts angestiegen sind. Die Preise für Schweine weisen Schwankungen auf; immerhin standen die Preise des Jahres 1911 erheblich höher als 1910. Im Laufe des Jahres 1912 hat sich die Preissteigerung von Rindvieh weiter fortgesetzt, und auch die Preise von Schweinen, die noch im Vorjahr in rückläufiger Bewegung waren, sind erneut in die Höhe gegangen. Nach den auf den Märkten ermittelten Preisen im Juli d. J. haben die Großhandelspreise für Rinder und Schweine eine noch nie dagewesene Höhe erreicht.

Die einzige Rettung.

In ihrem Wochenrückblick greift am Sonntag die „Kreuzzeitung" wieder einmal die Regierung heftig an, weil sie sich dem Anwachsen der Revolutionsgefahr gegenüber so völlig passiv verhalte. Von einer tiefbekümmerten patriotischen Seele läßt sich das Junkerblatt einen Brief schreiben, in dem geklagt wird:

„Wie ist es möglich, daß die gröbsten Angriffe auf Kaiser und Regierung ungeahndet bleiben, hingenommen werden als etwas Selbstverständliches, Unabänderliches. Das ist in der nationalen Presse hundert- und tausendmal beklagt worden, — doch die Regierung läßt dem Verhängnis seinen Lauf. Treu zu Kaiser und Reich stehende Männer schlagen sich mit den Sozialdemokraten herum, lassen sich von ihnen beschimpfen, wirtschaftlich schädigen — die Regierung läßt sie allein! So ziehen sich solche Männer von der Politik mehr und mehr zurück. Die Vaterlandsliebe schwindet mehr und mehr — in demselben Maße gewinnt die Sozialdemokratie. Diese Beobachtung wird besonders jeder Bewohner einer Provinzstadt machen. Das am Orte erscheinende, vielleicht einzige bürgerliche Blatt ist aus vielen Gründen nicht immer in der Lage, dem skrupellos geleiteten sozialdemokratischen Blatt entgegenzutreten. Daher ist zur Bekämpfung der Sozialdemokratie neben rühriger Verbreitung der hauptstädtischen nationalen Presse auch die Gründung nationaler Provinzblätter nötig, deren Hauptaufgabe in der Bekämpfung der lokalen sozialdemokratischen Zeitung bestehen müßte, die nur zum Zweck der Verhetzung geschriebene Artikel Satz für Satz zerpflücken, die Entstellungen und Unwahrheiten aufdecken, Angriffe auf Kaiser und Reich, auf die Autorität überhaupt, zurückweisen, mit einem Wort: die irregeleiteten Massen aufklären, sie wieder zur nationalen Sache zurückführen müßten — zu ihrem und des Landes Besten."

Man sollte meinen, an nationalen Blättern sei kein Mangel; der Mangel besteht eben darin, daß diese patriotischen Papiere kein denkender Mensch lesen will!

Regierungsmaßnahmen gegen die Fleischnot.

Der Bundesrat hat einige Vorschriften erlassen, durch welche die bisher geltenden Bestimmungen über die Ausführungen des Fleischbeschaugesetzes in einigen Punkten geändert werden. Bisher mußte das durch Pökelung brauchbar gemachte sinnige Fleisch allgemein als bedingt tauglich erklärt und auf die Freibank verwiesen werden. Diese Beschränkung fällt künftig für das gepökelte Fleisch einsinniger Rinder weg. Solches Fleisch darf also künftig ohne jede Einschränkung dem freien Verkehr überwiesen werden. Die Folge dieser Maßnahme ist, daß das bisher auf der Freibank billiger verkaufte Fleisch nunmehr vom Publikum zu den normalen Preisen erstanden werden muß. Außerdem hat der Bundesrat gestattet, daß aus dem Auslande Pferdedärme eingeführt werden dürfen, und weiter trat eine Milderung des Verfahrens bei Beanstandung von Tierkörpern wegen Nesselfiebers ein. — Was der Bundesrat hier verordnet hat, das liest sich fast wie ein schlechter Scherz angesichts der täglich zunehmenden geradezu ungeheuerlichen Teuerung. Es wird einer kräftigen Volksbewegung bedürfen, um die Regierung endlich einmal an ihre Pflicht zu gemahnen.

Bau von Kleinwohnungen.

In den Reichsetat für 1912/1913 sollen wieder vier Millionen Mark zur Förderung der Kleinwohnungen für gering besoldete Beamte und Arbeiter eingestellt werden. Die Scherlpresse versichert bereits eilfertig, daß man dies in den beteiligten Kreisen mit Genugtuung begrüßen wird, namentlich deshalb, weil auch für die ferneren Jahre ein gleich hoher Betrag bereitgestellt werden soll. — Wir meinen, zu solcher Begeisterung fehlt eigentlich jeder Anlaß, denn was wollen vier Millionen Mark im Jahre besagen bei dem Meer von gering besoldeten Arbeitern und Beamten, die kaum noch in der Lage sind, die enorm gestiegenen Wohnungsmieten bestreiten zu können. Der Betrag von vier Millionen Mark ist übrigens heuer zum ersten Male eingesetzt worden, vordem begnügte man sich mit zwei Millionen. Gerade die Sozialdemokraten sind es mit gewesen, die energisch für die Erhöhung eingetreten sind. Seine Pflicht, die Wohnungsfrage einer baldigen Lösung entgegenzuführen, erfüllt das Reich nach wie vor nur in absolut unzulänglicher Weise.

Folgen der Fleischteuerung.

Der Obermeister Erhardt von der Schlachterinnung in Schöneberg erklärte dem Berichterstatter des „Berliner Tageblattes", es habe bis jetzt — eine genaue Statistik läßt sich natürlich nicht geben — jeder fünfte Fleischhauer in Groß-Berlin sein Geschäft geschlossen. Es sind dies zumeist die kapitalsschwachen Fleischer. Doch auch die vermögenden denken schon daran, zu sperren, weil — wie Herr Erhardt behauptet — in den Gegenden, wo nicht ein besonders reiches Publikum wohnt, nichts mehr verdient werden könne. Alle Versuche, eine Verbilligung des Fleisches herbeizuführen, seien vergeblich gewesen. Selbst die Eingaben des Fleischerverbandes in Mainz, der viele tausend Mitglieder zählt, blieben unbeachtet. Herr Erhardt führt die Notlage auf die agrarfreundliche Haltung der Regierung zurück. Österreich-Ungarn, das einst Deutschland reichlich mit Fleisch versorgte, sei heute ebenfalls nur durch die agrarische Haltung seiner Regierung in Notstand gekommen. Es gebe nur ein Mittel: Öffnung der Grenzen für Lebendvieh.

Wir marschieren!

Bei den Landtagswahlen in Schwarzburg-Sondershausen wurde im Wahlbezirke Gehren unser Genosse Arbeitersekretär Bärwinkel zum Abgeordneten gewählt. Mit dem Einzuge Bärwinkels in das Landesparlament verschwindet wieder einer der nur noch wenigen Landtage, die dank eines Privilegierten-Wahlsystems bisher sozialistenrein geblieben sind. Der Sieg unserer Genossen ist um so erfreulicher, da der Bezirk überwiegend ländlichen Charakters ist.

Auch eine „Wahl".

Der General z. D. Bock v. Wulfingen ist für den Wahlkreis Lübben-Luckau einstimmig als Mitglied des preußischen Landtages „gewählt" worden. 233 Wahlmänner hatten sich an der „Wahl" beteiligt. Der parlamentarische General ist natürlich konservativ.

Der Militarismus als „gesundheitsfördernde Staatseinrichtung".

Die Verteidiger des heutigen Militärdienstes wissen nie genug seine angeblichen Verdienste um die Volksgesundheit zu preisen, ohne sich freilich viel um die Kehrseite der Medaille zu kümmern. Wie schwere Folgen oft durch den geisttötenden Drill entstehen, lehrt auch der eben erschienene Bericht des Direktors der Heil- und Pflegeanstalt in Lippe, in der etwa 400 westfälische und lippische Geisteskranke untergebracht sind. Danach waren 15 Personen = 3,1 Proz. durch die Einwirkungen des Militärdienstes erkrankt. Bedenkt man, daß es sich um einen verhältnismäßig kleinen Bezirk handelt, so wird ohne weiteres klar, wie schwere Folgen der Militärdienst für weite Kreise des Volkes hat. — Erwähnt mag im Anschluß daran auch werden, daß in dieser Anstalt allein 20 Kranke sind, deren Geist durch die Einwirkungen der Gefangenschaft verwirrt worden ist.

Zurückgewiesene Bettelei.

Unter der Firma „Veteranendank" besteht in Berlin ein Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, für notleidende Veteranen einzutreten. Daran wäre ganz gewiß nichts auszusetzen, aber der Verein will die nötigen Mittel durch eine Bettelei gewinnen, indem er an Privatpersonen „Veteranenwohlfahrtsmarken" verschickt. Verschiedene Firmen haben diese Marken zurückgehen lassen, mit teilweise recht drastischen Antworten, die sämtlich aber auf den Ton gestimmt sind, daß es Sache des Reiches ist, für die Veteranen einzutreten. — Das Reich aber hat — obwohl es angeblich im Überfluß schwimmt — für diesen Zweck nicht viel übrig.

Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist . . .!

Anläßlich des Einsturzes der Landungsbrücke in Binz ist höheren Ortes den Regierungspräsidenten der Seebezirke eine schärfere Überwachung derartiger Anlagen sowie der Promenadenstege und Badeanstalten in bezug auf ihre Standfähigkeit und auf die Vorkehrungen zur Sicherung des Verkehrs auf und in ihnen zur Pflicht gemacht worden. Die Vorstände der Wasserbauämter sollen beauftragt werden, noch während der diesjährigen Badezeit eine eingehende technische Prüfung aller dieser Anlagen vorzunehmen und auf die Beseitigung etwa gefundener Mängel hinzuwirken.

Diese Vorsorge hätte man pflichtgemäß früher treffen müssen; so aber mußten erst einige Menschen ihr Leben einbüßen.

Die Militärverwaltung gegen das Koalitionsrecht der Militärarbeiter.

Wie die Militärverwaltung das gesetzlich garantierte Koalitionsrecht der Staatsarbeiter respektiert, zeigt folgender Fall, der uns aus Straßburg i. Els. gemeldet wird. Am Freitag, dem 16. August, verlas der Major des Bekleidungsamtes den Militärarbeitern eine Verfügung des Kriegsministeriums, daß der Militärarbeiterverband und sein Organ in letzter Zeit eine hetzerische und aufreizende Betätigung an den Tag lege, die darauf hinziele, den Frieden und das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Behörde zu stören. Das Organ halte immer und immer wieder den Arbeitern die schlechte Entlohnung vor Augen. Namentlich der Artikel in Nr. 9 des Verbandsorganes sei hetzerischer Tendenz. Die Arbeiter würden deshalb vor diesem Verbande gewarnt. Der Major betonte dann noch persönlich, daß die Arbeiter eigentlich zufrieden seien, denn es käme sehr wenig Wechsel im Arbeitsverhältnis vor. Diejenigen Arbeiter, die im Ortsvorstand der Sektion Straßburg sind, würden darauf aufmerksam gemacht, daß Personen, die sich im Sinne des Verbandes betätigen, im Staatsbetriebe nicht geduldet würden.

Einen weiteren Verstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter leistete sich die Militärverwaltung des Artilleriedepots und der Artilleriewerkstatt mit Hilfe der Polizei. Die Ortsverwaltung Straßburg hatte zu Donnerstag, den 22. August, eine Mitgliederversammlung einberufen. Die Verteilung der Einladungen sollte durch ein Radlerinstitut erfolgen. Die Polizei verweigerte jedoch die Abstempelung eines Zettels, der dann als polizeiliche Genehmigung dienen sollte. Außerdem erfuhr die Militärverwaltung von der geplanten Versammlung und ließ rasch die Arbeiterausschüsse zu sich kommen, denen sie den Auftrag gab, im Namen der Verwaltung vor dem Besuch der Versammlung zu warnen.

Agrarischer Boykott.

Der konservative Landtagsabgeordnete, Rittergutsbesitzer Quehl-Glogau, hat an die Gutsbesitzer seines Kreises das folgende vertrauliche Rundschreiben gerichtet:

„Vertraulich!

Gustau b. Quaritz, Juli 1912.

Kurz nach der Reichstagswahl (!) wurde der Wunsch in der „Neuen Niederschlesischen Zeitung" nach einem Getreide- und Futtermittelgeschäft in Glogau ausgesprochen, dessen Inhaber

auf konservativ-christlicher Grundlage

stände. Es ist ferner vielfach bedauert worden, daß die „Getreide-Lagerhaus-Genossenschaft Neusalz", eine den Händlern sehr unbequeme Konkurrenz, aufgehört hat zu existieren.

Die Landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft für Schlesien, zu deren Aufsichtsrat der Unterzeichnete gehört, hat sich nun entschlossen, zunächst in bescheidenen Grenzen eine Niederlage in Glogau zu errichten.

Ich gestatte mir, Euer Hochwohlgeboren zu bitten, dem Unternehmen Ihre Unterstützung angedeihen zu lassen und damit auch zum Besten des heimatlichen Kreises zu wirken.

Der Leiter der Niederlage, Herr Langer, wird sich die Ehre geben, sich Euer Hochwohlgeboren in den nächsten Wochen vorzustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung sehr ergebenst

ge.: F. Quehl."

Das agrarische Unternehmen läuft auf einen Boykott der nicht-konservativen Getreidehändler hinaus. Vielleicht haben die Agrarier mit der „bescheidenen Niederlage in Glogau" mehr Glück als mit der Lagerhaus-Genossenschaft Neusalz, die infolge der agrarischen Unfähigkeit verkracht ist.

Konservativer Wahlrechtsvorschlag.

Der mecklenburgische Domänenrat Rettich, einstmals konservativer Reichstagsabgeordneter, macht im „Tag" einen Vorschlag zur Beseitigung der Stichwahlen. Über das System der Stichwahlen führt er zunächst aus:

„Die widerlichsten Umtriebe, unnatürlichsten Kompromisse und Wahlbündnisse sind dabei zutage getreten. Männer, denen im ersten Wahlgang nicht allzuviel an der absoluten Majorität fehlte, fielen bei der Stichwahl glatt durch. Das war dann kein Ergebnis, durch welches die eigentliche Meinung und Stimmung des Wahlkreises zur Geltung kam, der Gewählte repräsentierte eine verhältnismäßige Minorität."

Dann folgt sein Vorschlag, der das geltende Wahlsystem dahin geändert wissen will:

„Wer im ersten Wahlgang 40 v. H. der abgegebenen Stimmen erhält, ist gewählt; erreicht keiner der Kandidaten diese Zahl, dann findet eine zweite, ganz neue Wahl statt, auch mit ganz beliebig neuen Kandidaten; bei dieser Wahl entscheidet die relative Majorität."

Ein ähnliches System besteht bereits in Bayern für die Landtagswahlen. Dort entscheidet die einfache Mehrheit mit der Maßgabe, daß der Gewählte mindestens ein Drittel der Wählerstimmen erhalten haben muß. Aber auch dieses Wahlsystem kann zu Kompromissen führen, die vor den Stichwahlbündnissen eigentlich nichts voraus haben. Soll eine gerechte Lösung gefunden werden, die jeder Partei eine Vertretung nach ihrer Stärke einräumt, dann muß man sich für den Proporz entscheiden. Davon freilich wollen die reaktionären Parteien absolut nichts wissen.

Junkerliche Hetzepistel.

Auf dem Rittertag der sächsischen Provinzialgenossenschaft des Johanniterordens hielt der Graf v. Wartensleben-Carow folgende Rede:

„Eine politische Körperschaft ist der Johanniterorden nicht. Wenn man aber jetzt in die Lage kommt, im größeren Kreise das Wort zu nehmen, so kann man unmöglich ganz stillschweigend an dem vorübergehen, was jedes vaterländisch fühlende Herz mit gerechtem Abscheu und ernster Sorge erfüllt. Man kennt sich eigentlich hierzulande nicht mehr aus. Die sich anhäufenden und zumeist straflos bleibenden Ungeheuerlichkeiten in neuerer und in jüngster Zeit legen immer wieder die berechtigte Frage nahe: reichen die gesetzlichen Machtmittel des Staates wirklich nicht mehr aus, den frechen Übermut des inneren Feindes zu dämpfen, oder werden diese Mittel nicht kräftig, gleichmäßig und folgerichtig angewendet? Auf Einzelheiten soll hier nicht eingegangen werden, sie sind uns allen leider bekannt genug. Nur eine gegen unsern Stand gerichtete, recht alberne Verleumdung glaubt Ihr alter Kommendator, Ihrer Zustimmung gewiß, hier zurückweisen zu müssen. Man gefällt sich jetzt im Aufwärmen mittelalterlicher Legenden und legt den sogenannten Junkern die Worte in den Mund: „Und der König absolut, wenn er unseren Willen tut." Nein, meine Herren!: „Dem König treu, ganz absolut, auch wenn er uns mal wehe tut!"

Von der Kanalrebellion der Junker scheint der Graf v. Wartensleben gar nichts mehr zu wissen, auch die Drohung der Agrarier, ihre monarchische Gesinnung revidieren und zur Sozialdemokratie abschwenken zu wollen, ist ihm offenbar nicht mehr im Gedächtnis. Daß der Graf Wartensleben sich „hierzulande nicht mehr auskennt", hat er freilich ganz unzweifelhaft bewiesen, sonst hätte er seine politische Hetzrede nicht in dem unpolitischen Johanniterorden gehalten.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Zentralvereins für das Fürstentum Lübeck

trat am gestrigen Sonntag im Lokale des Herrn Evers in Klein-Mühlen zusammen. Nachdem der Gesangverein „Harmonie"-Renfefeld die Delegierten mit stimmungsvollen Kampfesliedern begrüßt hatte, eröffnete Genosse H. Fick als Zentralvorsitzender die Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Die letzten Landtagswahlen. Berichterstatter H. Fick. 3. Rückblick auf die Reichstagswahlen. Referent J. Stelling. 4. Anträge und Stellungnahme zu den Parteitagen und Wahlen zu denselben. 5. Wahlen. 6. Verschiedenes. An Delegierten waren 14 aus den Ortsvereinen erschienen, außerdem waren 3 Zentralvorstandsmitglieder, Genosse Rebenstorf als Landtagsabgeordneter, ein Kontrollkomissionsmitglied, Genosse Schwartz als Vertreter des „Volksboten", Genosse Reher-Altona für die Agitationskommission und Genosse Stelling als Reichstagskandidat anwesend. Den Bericht des Zentralvorstandes erstattete Genosse H. Fick. Derselbe besprach zunächst die letzten Reichstagswahlen, mit deren Resultat wir zufrieden sein könnten. Die Zahl der Mitglieder stieg von 1278 auf 1350; hierunter befinden sich 206 Genossinnen. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten stieg von 2344 auf 2614. Insbesondere hat der Landarbeiterverband im letzten Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß es die Aufgabe der Genossen sein müsse, mehr als bisher für

die Partei unter den Gewerkschaftlern zu agitieren. An Beiträgen werden erhoben in 4 Ortsvereinen pro Woche 10 Pfg., in den übrigen 40 Pfg. pro Monat. Die Genossinnen zahlen 15 Pfg. pro Monat. Die Abonnentenzahl des „Volksboten" stieg von 798 auf 892, der „Schlesw.-Holst. Volksztg." von 6 auf 11, des „Hbg. Echo" von 4 auf 6. Die „Gleichheit" hat 79 Leserinnen, die „Arbeiter-Jugend" 33 Abonnenten. Versammlungen wurden 93 öffentliche, 113 Mitglieder- und 20 Frauenversammlungen abgehalten. Die Maifeier wurde in Eutin und Stockelsdorf durch Arbeitsruhe, in Schwartau und Seeretz durch Abendveranstaltungen begangen. Zum Frauentag fanden in Stockelsdorf, Schwartau, Eutin und Seeretz Versammlungen statt. Auf dem Gebiete der Jugendbewegung bestehen in Stockelsdorf und Schwartau Organisationen. Hier müßten noch größere Fortschritte als bisher gemacht werden. — Den Kassenbericht erstattete Genosse Bull. Derselbe beklagte sich zunächst darüber, daß die Abrechnungen zu spät einlaufen. Das sei ein Uebelstand, dem unbedingt abgeholfen werden müßte. Die Einnahmen der Hauptkasse belaufen sich auf 7069,51 Mk., die Ausgaben auf 6962,95 Mark, mithin ist ein Bestand von 106,56 Mk. vorhanden. Die Reichstags- und Landtagswahlen erforderten 2232,40 Mark Kosten; zum Wahlfonds gingen ein 886,40 Mk. Die Agitationskommission leistete einen Zuschuß von 2400 Mk. Der Bericht der Kontrollkommission wurde vom Genossen Kruse-Schwartau erstattet. Der Redner bemängelte ebenfalls die zu späte Einsendung der Abrechnungen der Ortsvereine. Von den Ortsvereinen erstattete Genosse Borchert den Bericht für Eutin. Die Bewegung leidet hier noch unter den persönlichen Streitigkeiten. Viele Arbeiter-Eltern ziehen es vor, ihre Kinder zu Klimbimveranstaltungen zu senden, anstatt sie einer freien Jugendbewegung zuzuführen. — Für Malente erstattete Genosse Horstmann Bericht. Die Bewegung leidet stark unter dem Lokalmangel. Bei der letzten Ortsausschußwahl gelang es, in Malente 4 Genossen in den Ausschuß zu entsenden. — Genosse Nickel gab den Bericht für Stockelsdorf. Derselbe ergab, daß es in diesem Ort auf allen Gebieten vorwärts geht. — Der vom Genossen Giese gegebene Bericht vom Ortsverein Schwartau-Rensefeld zeigte, daß an Arbeiten alles geleistet worden ist, was irgendwie getan werden konnte. Der Wunsch unserer Genossen, die Verhältniswahl in Schwartau zum Gemeinderat einzuführen, ist bis heute noch nicht in Erfüllung gegangen. Die maßgebenden Herrschaften laufen um diese Angelegenheit wie die Katze um den heißen Brei herum. — Genosse Tiedt-Seeretz konnte für seinen Ort nur einen teilweise guten Bericht geben. Trotzdem geht es auch hier vorwärts. — Die Diskussion wurde vom Genossen Stelling eingeleitet. Derselbe gab zunächst einige agitatorische Winke zur Gewinnung von neuen Mitgliedern und von Abonnenten. Mit Hilfe der Gewerkschaften müsse diese Arbeit bewerkstelligt werden. Redner spornte sodann zur regen Agitation für die im Herbst stattfindenden Gemeinderatswahlen an. Genosse Reher-Altona unterstützte diese Ausführungen an der Hand von Beispielen. Weiter wünschte Redner, daß auch die Ortsvereine ihr Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 30. Juni festsetzen, um mit der Zentralkasse konform zu gehen. Sodann behandelte Redner die Seeretzer Schiedsgerichtsangelegenheit. — Genosse Gloe-Neudorf begründete einen Antrag auf Festsetzung eines wöchentlichen Beitrages von 10 Pfg. für die Genossen. — Genosse Borchert-Eutin empfahl einen Antrag, neben der Erhöhung der Beiträge für die Genossen auch einen wöchentlichen Beitrag von 5 Pfg. für die Genossinnen einzuführen. — Genossin Evers-Stockelsdorf bekämpfte den letzteren Antrag. — Genosse Nickel-Stockelsdorf sprach sich für den Antrag Neudorf aus, desgleichen Genosse Giese-Schwartau. — Genosse Hardt-Rensefeld ist gegen die Beitragserhöhung, wünscht aber Staffelbeiträge. Weiter wurde vom Redner für eine weitere Ausbreitung der Parteipresse plädiert. — Genosse Nickel-Stockelsdorf wünschte, daß sich die Gewerkschaftsvorstände etwas mehr als bisher um die Agitation für den „Volksboten" bekümmern möchten. Die Ortsvereine könnten alleine diese Arbeiten nicht bewerkstelligen. — Nach den Schlußworten der Referenten wurde der Antrag, ab 1. Oktober 1912 einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pfg. für die Genossen zu erheben, angenommen. Die Erhöhung des Parteibeitrages für die Frauen wurde abgelehnt.

Ueber die letzten Landtagswahlen referierte Genosse H. Fick. Redner hob zunächst die einzelnen Bestimmungen des neuen Landtagswahlgesetzes hervor und stellte Vergleiche an zwischen den früheren Zuständen. Nach Ausschreibung der Wahlen haben sich einzelne Gemeindevorsteher geweigert, die Listen von unseren Genossen einsehen und sie abschreiben zu lassen. Sodann gab Redner ein Bild des Wahlergebnisses und der Geschichte des Kompromisses mit den Liberalen im Eutiner Kreis. Zum Schluß gab Redner seiner Freude darüber Ausdruck, daß die letzten Wahlen uns einen so guten Erfolg gebracht haben. — Genosse Borchert kam auf das Kompromiß zu sprechen. Es sei das Gerücht verbreitet, daß die Liberalen bei den Verhandlungen die Bedingung gestellt hätten, Rebenstorf müsse unsererseits aufgestellt werden. — Genosse Stelling vertrat die Auffassung, daß es für die Liberalen ein Akt der politischen Notwendigkeit war, nicht mit den Agrariern zu kompromisseln. Hätten sie das trotzdem getan, dann wären sie politisch fertig gewesen. — Genosse Gloe-Neudorf hielt die Haltung des Zentralvorstandes in der Nachwahl nicht für richtig, während Genosse Fick das Verhalten verteidigte. Es sei auch nicht zutreffend, daß die Liberalen irgend eine Bedingung an das Abkommen geknüpft hätten. Nach weiterer Debatte wurde die Angelegenheit für erledigt erklärt.

Ueber die letzte Reichstagswahl sprach Genosse Stelling. Derselbe behandelte die Resultate der einzelnen Bezirke und wies nach, daß in einigen Bezirken noch mehr hätte herausgeholt werden können. Hier müsse die bessernde Hand angelegt werden. Der Schlepperdienst müsse besser organisiert werden. Aus den Resultaten im 1. Kreise gehe hervor, daß wir vorwärts kommen, trotz aller gegnerischen Bestrebungen. Das Stichwahlabkommen mit dem Freisinn billigte Redner. — Genosse Reher-Altona ergänzte diese Ausführungen, wandte sich aber gegen die sogenannte Dämpfung bei der Stichwahl. Im übrigen verteidigte auch dieser Redner das Abkommen. Genosse Th. Schwartz-Lübeck kann sich nicht als Freund des Kompromisses bekennen, insbesondere aber verurteilte auch er die Dämpfung. Ohne das Kompromiß hätten wir sicherlich auch 90 Mandate gehabt und unsere Weste wäre rein geblieben. Der Parteitag in Chemnitz werde sich mit dieser vom Parteivorstand eingeschlagenen Taktik nicht einverstanden erklären. In kurzen Zügen gab Redner dann ein Bild von der heutigen finanzpolitischen Situation. Man müsse damit rechnen, daß aus Anlaß der Wehrvorlagen neue Steuern kommen. Die Klein-Agitation müsse mit Hilfe der Arbeiterpresse intensiver als bisher betrieben werden. — Genosse Gloe-Neudorf wandte sich ebenfalls gegen das Abkommen, desgleichen Genosse Borchert-Eutin. Letzterer wünschte die Herausgabe leichtfaßlicher Broschüren für die Landbevölkerung. Bedauerlich sei, daß selbst Genossen heute noch bürgerlichen Veranstaltungen nachlaufen. Redner wünschte ferner eine häufigere Zusammenkunft der Ortsvorsitzenden mit dem Zentralvorstand, um über agitatorische Fragen zu beraten. — Genosse Fick unterstützte die Ausführungen des Genossen Schwartz.

Zum Provinzialparteitag in Kiel wurden die Genossen Gloe, Giese, Nickel, Rebenstorf, Bull und Genossin Evers gewählt. Außerdem sind der Zentralvorsitzende und der Reichstagskandidat dort vertreten. — Von einer Beschickung des deutschen Parteitags wurde der Kosten wegen Abstand genommen.

Sitz des Zentralvorstandes bleibt Stockelsdorf, 1. Vorsitzender Genosse H. Fick, Kassierer J. Bull. Sitz der Kontrollkommission bleibt Schwartau.

Nach einer Begründung durch Genossin Evers wurde beschlossen, daß der Agitation unter den Frauen mehr Beachtung als bisher geschenkt werden soll. — Ein Antrag, alljährlich eine Gemeindevertreterkonferenz abzuhalten, wurde nach längerer Debatte dem Zentralvorstand überwiesen. Zum internationalen Kongreß soll Genosse Stelling vorgeschlagen werden. Für den eventl. zu schaffenden Parteiausschuß wurde Genosse Bartels vorgeschlagen. Genosse Borchert-Eutin wandte sich bei dieser Gelegenheit gegen die Vorschläge der Reorganisationskommission und möchte den alten Zustand beibehalten wissen. — Genosse Hardt wünschte einen ausführlicheren Bericht über die Landtagsverhandlungen. Mehrere Redner hielten den Bericht für ausreichend.

Nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen Fick wurde die Generalversammlung gegen 7 Uhr mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 26. August.

Die diesjährige Lassalle-Feier, welche der Sozialdemokratische Verein am Sonnabend den 31. August im Gewerkschaftshause veranstaltet, erhält durch die Mitwirkung des Herrn Oberregisseurs Brunow vom hiesigen Stadttheater, dessen Musterleistungen als Lear, Rott, Erbförster, Boß usw. gerade in Arbeiterkreisen nach Verdienst gewürdigt worden sind, eine künstlerische Bedeutung. Herr Brunow wird u. a. Hebbels „Der Heideknabe", „Aus der Kindheit", „Des Blinden Zeugnis" von Willibald, „Der Gotteslästerer" von Skora, „Der Arbeitsmann" von Dehmel zum Vortrag bringen, packende Dichtungen, die sicherlich einen tiefen Eindruck hinterlassen werden. Der Arbeitersängerbund, der sich gleichfalls in den Dienst der guten Sache gestellt hat, bringt Uthmanns „Sturm", „Liedeslust", „Das heilige Feuer" und „Es steht eine Linde im tiefen Tal" zu Gehör. Die Gedächtnisrede wird vom Genossen Dr. Schlomer gehalten. Konzertnummern, ausgeführt vom Musikerfachverein, vervollständigen das Programm in bester Weise. Da der Eintrittspreis nur 20 Pfg. pro Person beträgt, so ist wohl zu erwarten, daß die aufgeklärte werktätige Bevölkerung Lübecks das Gedächtnis des großen Vorkämpfers der Arbeiterschaft durch rege Beteiligung an der Feier ehren wird. Eintrittskarten sind an den bekannten Stellen zu haben.

Ein Eisenbahnstreit zwischen Lübeck und Lauenburg bildete den Gegenstand der Verhandlungen des am Sonnabend in Ratzeburg zusammengetretenen Kreistages des Herzogtums Lauenburg. Es handelte sich, nach dem „Hamb. Corr." um einige Kleinbahnprojekte. Der Kreis Lauenburg erstrebt eine Bahn von Trittau über Koberg nach Mölln und eine solche von Koberg über Nusse nach Ratzeburg. Da mit solchen Kleinbahnen auch die im lauenburgischen Gebiet belegenen lübeckischen Enklaven Behlendorf, Ritzerau, Nusse, Schretstaken und Tramm Bahnanschluß erhalten würden, leitete der Kreis Lauenburg mit Lübeck Verhandlungen ein zum Zwecke der Finanzierung der Projekte. Lauenburg verlangte von Lübeck eine Aktienbeteiligung von 1 170 000 Mk., dann sollte den lübeckischen Enklaven Anschluß an die Kreisbahnen gewährt werden. Lübeck erklärte sich grundsätzlich bereit, das Zustandekommen der projektierten Eisenbahnen tatkräftig zu unterstützen, obgleich für das Unternehmen nur eine Verzinsung von etwa 1 Prozent in Aussicht gestellt werden konnte. Für die Linie von Koberg nach Mölln, wodurch die lübeckischen Ortschaften Tramm, Groß- und Klein-Schretstaken in die Nähe einer Eisenbahnlinie gerückt worden wären, stellte Lübeck eine Aktienzeichnung von 300 000 Mark in Aussicht. Die Höhe der Beteiligung für den Anschluß von Nusse, Ritzerau, Poggensee, Behlendorf und Albsfelde behielt sich Lübeck noch vor, da es erst die genaue Linienführung und die Lage der Bahnhöfe kennen wollte. Gleichzeitig mit Lauenburg betreibt aber auch Lübeck ein Kleinbahnprojekt. Um die wichtigste lübeckische Enklave direkt mit Lübeck zu verbinden, will Lübeck eine Bahn von Ritzerau-Nusse nach Lübeck bauen, die in ganz erheblichem Umfange lauenburgisches Gebiet aufschließen würde. Von den vorgesehenen acht Bahnhöfen liegen allein fünf in Lauenburg, die 23 lauenburgischen Ortschaften Anschluß gewähren würden. Die Kleinbahn Lübeck-Nusse könnte ihre natürliche Fortsetzung finden entweder in der vom Kreise Lauenburg projektierten Linie Koberg-Mölln oder in einer direkten Linie Nusse-Mannhagen-Mölln. Wie nun der Kreis Lauenburg für die Verwirklichung seiner Projekte die finanzielle Beteiligung Lübecks forderte, so tat es umgekehrt auch Lübeck, indem es eine gewisse Unterstützung seitens Lauenburgs für die Bahn Lübeck-Nusse verlangte. Darauf ging Lauenburg nicht ein, es verlangte vielmehr von Lübeck die bindende Zusicherung, daß es auf den Bau einer Bahn von Lübeck nach Nusse verzichte. Lübeck ging auf diese Forderung nicht ein. Der Kreisausschuß des Kreises Lauenburg beschloß, nun ein Projekt ausarbeiten zu lassen, das die lübeckischen Enklaven umgeht, und betonte in der Begründung des an den Kreistag gebrachten Antrags, er könne es als nicht angängig erachten, daß der Staat Lübeck trotz weitgehendster Berücksichtigung der vier lübeckischen Enklaven durch das lauenburgische Projekt, unter Hintansetzung der Interessen des ganzen Kreises Lauenburg, seine Vorteile auf Kosten des Kreises verfolgt. Darum müsse Lauenburg auf die Beteiligung Lübecks verzichten. Das neue lauenburgische Projekt soll eine Umgehung der lübeckischen Enklaven vorsehen, wodurch die Baukosten wesentlich höher werden. Umgeht man Nusse, so wird die Trace durch Moorgelände und Höhenzüge geleitet und der Elbe-Trave-Kanal zweimal überbrückt werden müssen. Die Rentabilitätsaussichten würden dann gleich Null sein. Immerhin würden die lübeckischen Enklaven in einer Entfernung von 3 bis 4 Kilometern den Bahnanschluß erreichen, und Lübeck könnte das von Lauenburg geforderte Beteiligungskapital für den Bau der Linie Lübeck-Nusse verwenden. Die Forderung Lauenburgs, Lübeck solle sein Projekt Lübeck-Nusse aufgeben, zeitigte die Frucht, daß Mölln und Ratzeburg dadurch geschädigt werden könnten. In erster Linie wohl Mölln, wo man sich am meisten gegen das lübeckische Projekt sträubte. Man begreift aber in Lübeck diese Furcht nicht, da Mölln der Ausgangspunkt von zwei neuen Kleinbahnen werden würde, nämlich der Linie Mölln-Koberg—Trittau (Hamburg) und der Linie Lübeck—Nusse—Mölln. Der durch den Elbe-Trave-Kanal geschaffene schon jetzt beträchtliche Handel und Umschlagsverkehr Möllns an landwirtschaftlichen Produkten würde durch die beiden neuen Bahnen noch wesentlich gesteigert werden. Der Kreisausschuß des Kreises Herzogtum Lauenburg teilt aber diese Befürchtung und beantragte beim Kreistag, von der finanziellen Beteiligung Lübecks abzusehen, das jetzt vorliegende, die lübeckischen Enklaven berücksichtigende Kreisbahnprojekt aufzugeben und ihn zur Aufstellung eines neuen Kleinbahnprojektes über Koberg nach Ratzeburg mit Abzweigung nach Mölln zu ermächtigen und dafür einen vorläufigen Betrag von 3000 Mark zu bewilligen. Der Kreistag verhandelte diesen Antrag in nichtöffentlicher Sitzung. Die Beratung war nur eine kurze; man folgte dem Vorgehen des Kreisausschusses, gab das bestehende Kreisbahnprojekt auf und bewilligte vorerst 300 Mk. für die Aufstellung eines neuen, welches die lübeckischen Enklaven nicht berücksichtigen soll. Die Annahme des Antrages geschah einstimmig. Damit dürfte die Streitaxt vorerst begraben sein. Lauenburg wird seine eigenen Wege gehen, das gleiche wird aber auch Lübeck bezüglich des Projektes Lübeck-Nusse tun, dessen Linienführung erst jetzt bekannt geworden ist und in den interessierten lauenburgischen Gemeinden allgemeinen Anklang gefunden hat. Es sind dies Krummesse, Klempau, Bliestorf, Rondeshagen, Kählstorf, Gr. Wehden, Kastorf, Berkenthin, Göldenitz, Sierksrade, Niendorf, Bergrade, Gr. Klinkrade, Kühsen, Duvensee usw. Es ist daher mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß das Lübecker Projekt eher der Verwirklichung näher rückt als das lauenburgische, zumal sich die Finanzierung des letzteren ohne Lübecks Hilfe recht schwierig gestalten dürfte. Das bestehende erforderte 3½ Millionen Mark, das zukünftige dürfte erheblich mehr kosten.

Selbstmord beging am Sonnabend abend ein Mann, indem er in die Obertrave sprang und ertrank. Der Lebensmüde hatte, als er im Wasser schwamm, zunächst um Hilfe geschrien und als ihm solche zuteil wurde, sie wieder verschmäht. — Über die Persönlichkeit des Unglücklichen und die Motive seiner Tat verlautet nichts bestimmtes.

Einen Lichtbildervortrag veranstaltet am morgigen Dienstag abend der Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Lübeck, im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Vortragender ist Kollege Seb. Lauterbach aus Stuttgart, der über das hochinteressante Thema „Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter" sprechen wird. Über hundert farbige Lichtbilder werden den Vortrag in wirksamster Weise unterstützen. Der Eintrittspreis ist auf 20 Pfg., im Vorverkauf auf nur 15 Pfg. festgesetzt. Ein zahlreicher Besuch dieser interessanten Veranstaltung ist wohl zu erwarten.

Es herbstelt. Wenigstens behaupten das alle die melancholischen Menschen, die bei den trüben Tagen mit dem eintönigen Regen, den rauhen Winden und dem fast immer bedeckten Himmel ganz vergessen, daß uns die Jahreszeit eigentlich noch Sonne und schöne Tage schuldig ist. Die beiden streitsüchtigen Wettermacher „Mani" und „Mini" ringen diesmal lange miteinander und — man weiß nicht, was noch werden soll! Der Landmann hat wohl sein „Heu 'rein", die Zeit der Ernte ist vorüber, die Scheuer gefüllt; aber Frau Sonne soll noch den grünen Aepfeln rote Bäckchen färben, den heimischen Trauben die Süße geben, Pflaumen und Birnen zur völligen Reife bringen. Die Bäume in den Straßen der Stadt, die Balkonpflanzen zeigen schon rote und gelbliche Töne; die Kasten mit dem wilden Wein haben farbiges Laub bekommen und lassen neugierige Blicke ungehindert hindurch. Draußen aber, auf dem Lande, breitet sich noch sattes Sommergrün in reicher Fülle vor den Villen und kleinen Häuschen aus, so daß manch schmucker Bau wie in einer Dornröschenhecke ruht. Nur einsam und still ist's in der Natur geworden; der lustige Vogelgesang verstummt allmählich. Und das ist uns das Zeichen, daß ein langsames Dahinsterben in der Natur anfängt. Zwar ist die Zeit noch fern, daß bei der Lampe friedlichem Schein, „zur Seite des wärmenden Ofens" die Hausgenossen gemütlich beieinandersitzen, aber man „ruft nicht den Töpfer erst ins Haus, wenn der November stürmt da draußen". Schon jetzt kommt er mit der Mulde Lehm und den Ziegelsteinen und sieht nach, ob der dickleibige Herr, der Kachelofen, auch innen und außen völlig in Ordnung ist. Denn sonst rächt sich der nachlässig Behandelte, raucht und verschlingt zwar alles, was man ihm einverleibt, aber gibt nicht die Wärme ab, die man von ihm verlangt. In der Mode und der Industrie, da „herbstelt" es schon seit Wochen. „Uebergangsmäntel", Hüte, Herbstmodelle — aus allen Auslagen der großen Geschäfte locken sie, und die Menschen, die jetzt so reichlich die Straßen beleben, halten Umschau, was ihr Herz wünscht, und ihr Sinn begehrt. Denn die „Saison" beginnt, die Theater öffnen in einigen Wochen ihre Pforten; die Fünfuhrtees werden nicht mehr lange warten lassen, also — muß der Vater oder der Ehemann ins Portemonnaie greifen, wenn er zufriedene Gesichter sehen will. Er merkt es am ehesten, wenn eine Jahreszeit zu Ende gegangen ist!

Handelsregister. Am 24. August 1912 ist eingetragen die Firma Reederei Horst, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Betrieb einer Reederei und aller damit zusammenhängenden Geschäfte. Stammkapital 20 000 Mk. Geschäftsführer: L. W. H. Osterkamp, Schiffsmakler in Hamburg. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. August 1912 festgestellt.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird. — Ein Arbeiter, der einem auf dem hiesigen Bahnhofe eingeschlafenen Kollegen eine Uhr gestohlen hat, wurde festgenommen.

Eutin. Die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner für die Angestelltenversicherung finden statt: für die Arbeitgeber sowohl als für die Angestellten am Sonntag, dem 6. Oktober d. J., nachmittags von 5 bis 6 Uhr, für den die Stadtgemeinde Eutin umfassenden Wahlkreis. Gewählt wird im Rathause zu Eutin. Es sind zu wählen 6 Vertrauensmänner und 12 Ersatzmänner. Die Vertrauens- und Ersatzmänner werden je zur Hälfte aus den versicherten Angestellten, die nicht Arbeitgeber sind, und aus den Arbeitgebern der versicherten Angestellten gewählt.

[] **Kiel.** Im 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis (Kiel-Neumünster-Rendsburg) stieg die Zahl der Mitglieder der Parteiorganisation im letzten Jahre von 13 627 auf 15 168, darunter sind 3050 weibliche. Die Zahl der Leser der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung" stieg im Kreise von 17 231 auf 18 427. Bei der Reichstagswahl, in der der Kreis mit 4000 Stimmen Mehrheit wieder geholt wurde, wurden rund 1 Million Wahlzeitungen, Flugblätter, Broschüren, besondere Zirkulare an Beamte usw. verteilt, und 54 Wahlversammlungen abgehalten. Außerhalb der Reichstagswahlagitation wurden noch verteilt 650 000 Agitationsschriften, darunter die Landagitationszeitung „Schleswig-Holsteinische Landpost". Die Kasse der Kreisorganisation vereinnahmte 88 059,65 Mk. und verausgabte 70 533,63 Mk. Für den Maifonds wurden 9001,72 Mark vereinnahmt. Sozialdemokratische Stadtverordnete gibt es im Kreise 17, sozialdemokratische Gemeindevertreter 28. In Kiel brachte es unsere Partei bei den letzten Stadtverordnetenwahlen auf 11 908 Stimmen, während die Bürgerlichen nur 9850 erhielten. Einzig und allein eine ungerechte Wahlbezirkseinteilung verhinderte es, daß die Partei sämtliche zu besetzende Mandate erhielt; sie mußte sich mit 3 begnügen, während die Bürgerlichen 5 erhielten. — Arbeiterentlassungen auf der Kaiserlichen Werft. Durch die bürgerliche Presse lief am Sonnabend eine Notiz, wonach auf der Kaiserlichen Werft in Kiel annähernd 1000 Arbeiter entlassen werden müssen, weil das Reichsmarineamt nicht genügend Geldmittel zur Verfügung gestellt habe. Ganz natürlich wurden daran die verschiedensten Kommentare geknüpft; einige flottenbegeisterte Blätter jammerten über die Langsamkeit, mit der die

Rüstungen zur See vor sich gehen, und glaubten bei dieser Gelegenheit die Sorge um die Arbeiter ganz besonders betonen zu müssen. In Wirklichkeit liegt die Sache aber wesentlich anders: Infolge eiliger Arbeiten hatte die Werft in der letzten Zeit eine größere Anzahl Arbeiter, als sonst immer beschäftigt werden, eingestellt. Diese eiligen Arbeiten sind jetzt erledigt und damit wurde eine Anzahl Arbeiter überflüssig. Es ist ihnen mit einer Frist von sechs Wochen gekündigt worden und, wie versichert wird, hat sich die Kieler Werft bemüht, die frei werdenden Arbeiter in Wilhelmshaven und in Danzig unterzubringen. — Wünschenswert wäre es allerdings, wenn das Reichsmarineamt sofort eine authentische Aufklärung geben würde.

Leeste bei Bremen. Vom Zuge überfahren und getötet wurde am Donnerstag abend der Maurer Joh. Heitmann von hier. Heitmann, der beim Bau des neuen Stellwerks auf dem Rangierbahnhof bei Lahausen beschäftigt war, wollte sich nach Feierabend nach Hause begeben. Beim Überschreiten der Gleise, was von der Betriebsinspektion streng untersagt ist, wurde Heitmann von einem Güterzuge erfaßt und zermalmt. Heitmann hinterläßt eine Frau und mehrere zum Teil erwachsene Kinder.

Bremerhaven. „Wenn er auch ein Schuft ist, so wählen wir ihn doch wieder, weil wir ihn gebrauchen können...“ Unter dieser Spitzmarke schreibt die „Nordd. Volksstimme“: Wie oft ist nicht die Sozialdemokratie von bürgerlicher Seite angerempelt worden, weil sie zu behaupten wagte, daß unter den bürgerlichen Kommunalpolitikern die Interessenwirtschaft in höchster Blüte stehe, daß ihnen nicht das Allgemeinwohl, sondern das Wohl der von ihnen vertretenen Kaste über alles gehe. Was aber besagt der eingangs unserer Notiz angeführte Satz anders? Klipp und klar wird hier gesagt: wir wählen dich, weil du uns nützlich bist. Also da spielt die Frage, ob die Person der Allgemeinheit nützlich ist, gar keine Rolle, die Hauptsache ist, daß „unsere“ Vorteile gewahrt werden. Selten noch ist dieser ebenso eigennützige wie zugleich im höchsten Grade unmoralische Grundsatz so klar zum Ausdruck gekommen, wie bei einem Beleidigungsprozeß, den Stadtrat und Stadtverordnetenkollegium gegen den Vorschullehrer Poppinga von hier angestrengt hatten und der, was vorweg bemerkt s.i, mit der Verurteilung des Herrn Poppinga zu 100 Mk. Geldstrafe endete. Herr Poppinga, der nebenamtlich den dankbaren Beruf der Sozialistenfresserei betreibt, ist es gewesen, der durch seine Redseligkeit am Biertisch uns einen Einblick darin gestattet hat, wie in bürgerlichen Kreisen Stadtverordnetenwahlen gemacht werden. Und das kam so: Als im Frühjahr ds. Js. die städtischen Kollegien in vertraulichen Sitzungen sich mit der Regulierung der Beamtengehalte beschäftigen, da gelang es dem Lehrer Kindervater, sich auf recht zweifelhaftem Wege — das „Wie“ konnte leider, weil die Herren Kindervater darüber die Aussage verweigerten, in der Gerichtsverhandlung nicht festgestellt werden — eine der vertraulichen Vorlagen zu verschaffen. Diese Tatsache veranlaßte den Lehrer Poppinga zu der Annahme, daß die Vorlage von einem Stadtverordneten stamme und mit Bezug hierauf sagte dann der biedere Volkserzieher, dem Sitte und Moral über alles gehen sollte: „Der Stadtverordnete, der den Vertrauensbruch begangen hat, ist zwar verachtungswürdig, ist zwar ein Lump und ein Schuft, aber wir wählen ihn wieder, weil wir ihn gebrauchen können.“ Ein Name wurde zwar nicht genannt, immerhin aber ist die hier dem Gesamtkollegium gegenüber zum Ausdruck gebrachte Verdächtigung eine so schwere, daß es begreiflich erscheint, wenn die Kollegien eine gerichtliche Klarstellung herbeigeführt wissen wollten, umsomehr, als durch einen derartigen Prozeß auch die Möglichkeit bestand, jene Person ausfindig zu machen, auf die die Äußerungen des Herrn Poppinga zutreffen sollten. Letzteres gelang nun leider nicht. Festgestellt wurde nur durch die eidlichen Aussagen der Herren Kindervater, daß weder der Stadtdirektor, noch ein Mitglied des Stadtrates oder des Stadtverordnetenkollegiums den Vertrauensbruch begangen habe. Woher aber die Vorlage stammt, das bleibt nach wie vor in Dunkel gehüllt, was um so bedauerlicher ist, als so den städtischen Kollegien jede Möglichkeit fehlt, diese mysteriöse Quelle wenigstens in Zukunft zu verstopfen. Wenn aber die Bürgerlichen in Zukunft wieder in moralischer Entrüstung machen sollten über den Vorwurf der Interessenpolitik, dann werden wir sie an ihren ständigen Wahlmacher Herrn Poppinga erinnern, der uns mit aller Deutlichkeit und Offenherzigkeit gezeigt hat, wie bürgerliche Wahlen zustandekommen.“

Bremerhaven. Der Herr Stadtdirektor und seine Sonntagshose. Am ersten Ostertage war der Herr Stadtdirektor (Bürgermeister) Koch von Bremerhaven in großer Not. Man denke nur, er hatte keine Hose, er, der Herr Stadtdirektor, und es war doch erster Feiertag, wo er sich seinen Untertanen zeigen mußte! Die Sonntagshose war beim Schneider, der einen neuen Boden hineinsetzen sollte, und der hatte sie nicht wiedergebracht. Damit noch nicht genug. Dieser Schneider hatte es gewagt, am Ostermorgen auszugehen. Und nun hing die Hose hinter verschlossener Tür in der Werkstatt. Bremerhaven hat einen entschlossenen Stadtdirektor, und in dieser prekären Lage selbst zeigte er diese Tugend. Er ließ flugs einen Schlosser holen und durch diesen die Tür aufbrechen. Dann zog er vergnügt mit seiner Sonntagsbüx davon. Der Schneider ist nun ein sonderbarer Kauz. Aufrührerisch war sein Sinn, obwohl er doch Stadtdirektor-Lieferant war. So lief er denn schleunigst zum Gericht und zeigte den Herrn Stadtdirektor Koch wegen Hausfriedensbruchs an. Aber sein schwarzer Plan sollte ihm nicht gelingen. Amtsanwalt, Staatsanwalt, Oberstaatsanwalt, Oberlandesgericht schützten einmütig den Herrn Stadtdirektor, der selbstverständlich unverletzlich ist. Alle diese Instanzen erklärten Herrn Koch für unschuldig. Der Staatsanwalt in Bremen z. B. sagte: „Der beschuldigte Stadtdirektor Koch befand sich zweifellos in einer Notlage und durfte annehmen, daß der Schneider mit seinem Vorgehen unter diesen Umständen einverstanden sein würde.“ Und der Oberstaatsanwalt in Hamburg fand nach langem Nachsinnen, daß es sich hier überhaupt um keine juristische Frage handle und Herr Koch durchaus im Rechte war. Man sieht doch, wir haben noch Beamte und Richter in Deutschland, die ohne Ansehen der Person urteilen und selbst einem Stadtdirektor kein Haar krümmen. Der Herr Stadtdirektor Koch aber erwies sich des Vertrauens, das in ihn gesetzt, durchaus würdig. Als ihm der Schneider die Rechnung zum Bezahlen vorlegte, zog er prompt 1 Mk. ab für das Öffnen der Werkstattür.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote“**

Komitee- und Kommissions-Sitzungen.

Transportarbeiter.
Vorstandssitzung (2831
Dienstag abend 8 Uhr **präzise.**

Gesucht z. 1. Okt. eine Zwei-Z.-Wohnung in d. Umg. d. Bahnhofs, 200—250 Mk., v. Leuten m. 1 Kind. Off. u. **P 92** an die Exp. (2820

Näherin sucht Beschäftig. in und außer d. Hause. Ang. u. **D A 61** a. d. Exp. (2819

Eine Hobelbank zu verkauf.
2809) **Ohlsen,** Geniner Garten.

Eine Kinderbettstelle
billig zu verkaufen. (2817
[illegible] Kottwitzstr. 51, part. links.

Eine Sportkarre ohne Gummi
billig zu verkaufen. (2812
Kottwitzstraße 12. II.

Durch Zufall ein **gutes Bett** billig zu verkaufen. Zu besehen von 12 Uhr an. (2827
Krähenstraße 6. II.

Verloren eine **Damenuhr.** Abzugeben gegen gute Belohnung
2816) Elswigstraße 3.

Kartoffeln vom Sandboden Pfund 3 und 4 Pfg.
Koch-, Eß- u. Bergamott-Birnen 10 Pfd. 75 Pfg. Beckergrube 92 (Ecke Unterr.) u. Gneisenaustr. 4. (2824

Dienstag in **Schwartau** auf dem Marktplatz: **Feinste Fischkarbonade Pfd. 40 Pfg., Schellfische, Kabeljau, Seelachs, Rotzungen, Goldbutt, Dorsche** billigst. (2825
Auch **Dienstag** im Hause **Königstraße 61 Fischkarb. Pfd. 40 Pfg.** empfiehlt Firma **Emilie Boy.**
F. 1811. Lübeck, Königstraße 61.

Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.

Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.50** Mk. (2813

Johs Freudholz
Aparte Geschenke für alle Feste, **Geburtstage, Verlobungen, Hochzeiten, Jubiläen etc.** Kegel- und Schießpreise. **Sportprämien,** (2154 Vereinsgeschenke, **Reise-Erinnerungen.** Stets Neuheiten für Luxus und Gebrauch.
Breitestr. 53

Schuh-Reparaturwerkstatt mit Kraftbetrieb.
Gute Ausführ. Enorm bill. Preise.
A. Stapelfeldt, Augustenstr. 8a.

Frische Landeier
10 Stück **90** Pfg. empfiehlt
Johs. Böttcher
Steinrader Weg 22. (2822

Waldschule Lübeck-Wesloe.
2. Gabenverzeichnis. H. L., Parin Mk. 1.10. Sammelbüchse H. L. H 3.40. Frau Senator P. 120. Frl. v. M. 20. Frau H. Chr. 5. Dr. B. 2. Frz. H. 90. Verein Lüb. Lehrerinnen 50. Familie Schl. 25. C. H., Stockelsdorf, im Auftr. der verein. Viehhändler u. Kommiss. 50. Lüb. Büch. C. B. Strafgeld 2.95. Joh. Z. 2. N. N. 4. Ad. K. 5. Wachsmunds Legat 200. P. M. 10. Hi. 5. Frau Dr. R. 3. Frl. B. 2. Sühnegeld Sch. c/a K. 37.50. Alb. K. 3. F. W. H. 5. Bäckerm. Cl. II. Rate 5. Sühnegeld K. c/a F. 10. Frl. G. 10. Kathol. Schulvorstand 30. Frau Geo. 1. Ertrag der Haussammlung 251. Summa 952.95. Lt. 1. Gabenverzeichnis 2585.38. Summa Mk.: 3538.33. (2810
Für diese Gaben danken wir herzlich. Weitere Spenden werden erbeten und mit Dank entgegengenommen.
Die Waldschul-Kommission.

Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 27. August
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über Arbeitereinkommen und Arbeiterernährung. Referent: Gauvorsteher **Buckendahl**-Hamburg.
2. Berichte.
3. Verschiedenes.
2815) **Die Ortsverwaltung.**

Achtung Schneider!

Mitglieder-Versammlung
Dienstag, 27. August
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstrasse 50-52
Tagesordnung:
1. Die Bezahlung nach unserem jetzigen Lohntarif.
2. Stellung der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.
2829) **Die Ortsverwaltung.**

Unserm Kollegen **Wilhelm Lau** zu seinem 25jährigen Jubiläum die besten Glückwünsche.
2821 **Die Nieter der Kochschen Schiffswerft.**

Das beliebte
Zippendorfer Landbrot
ist **nur** echt
wenn **A. Weiss, Schutzmarke 121632**
gestempelt ist.
Hauptniederlage: Königstrasse 98,
sowie in verschiedenen Geschäften erhältlich.
2814 **Zippendorfer Brotfabrik.**

Eine leichtverdauliche Nahrung für Magen- und Darmkranke, bestes Morgen- und Abendgetränk für Nervöse.
Zu haben in Apotheken und Drogerien.
2538

Oeffentl. Versammlung
sämtlicher am Hafen beschäftigten Arbeiter
am Dienstag, dem 27. August
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52
Tages-Ordnung:
Die Innehaltung unseres Lohntarifes bei den Tourenschiffen.
Sämtliche Kollegen müssen erscheinen.
Der Vorstand
des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes,
Mitgliedschaft Lübeck.
2830)

Tonhalle.
Nur heute und morgen:
Der Eid des Stephan Huller
3 Akte.
Ein kinematographischer Roman nach dem gleichnamigen Meisterwerk **Felix Holländers.** Wer das Buch gelesen, will den Film sehen; wer es nicht gelesen, muß den Film sehen.
Die Tochter des Gouverneurs.
Großer nordischer Kunstfilm in 2 Akten.
Die Dollarkönigin.
2828) Die Direktion.

Gesangverein „Einigkeit“. (St. Gertrud.)
—::—
Tombola.

53	88	90	141	151	175
200	214	256	302	334	341
343	419	434	473	509	533
543	596	598	606	610	621
638	645	679	689	771	877
989	1007	1009	1035	1049	1054
1080	1096	1143	1180	1181	1210
1222	1254	1277	1284	1302	1341
1350	1391	1395	1421	1440	1444
1467	1474	1489	1500	1502	1525
1541	1550	1565	1579	1582	1674
1693	1735	1760	1783	1799	1893
1895	1943	1957	1958	2038	2051
2053	2083	2103	2154	2196	2203
2232	2235	2324	2354	2373	2411
2423	2464	2471	2484	2509	2519
2521	2594	2624	2627	2671	2713
2745	2777	2778	2779	2802	2822
2826	2831	2833	2844	2872	2876
2886	2898	2945	2948	2952	2997

Die Gewinne sind abzuholen am 26. und 27. August, abends von 8 bis 10 Uhr, im Lokale „Neu-Lauerhof“. Später bei Johs. Groht, Kottwitzstraße 16.
Gewinne, welche bis zum 15. September 1912 nicht abgeholt sind, verfallen der Vereinskasse.
2826) **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf und Umgegend.

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, d. 27. August
abends 8½ Uhr
bei Herrn **L. Pätau**-Fackenburg.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
2811) **Der Vorstand.**

Hansa-Theater
Direktion: Gebr. Gollbach.
Telephon 610.
Heute abend 8½ Uhr.
Das große August-Programm.
Hugo Bondi
Humorist
Anny Beel
dänisch-deutsche Soubrette.
Le Vallon oder **Fata morgana**
elektr. Ausstattungsakt.
Nach der Vorstellung in den neu eingerichteten Räumen:
Kabarett.
Auftreten erstklassiger Künstler. 2823
Entree im Kabarett frei.
Vorverkauf bei Sager, Kohlm.
Jeden Sonntag von abends 7 Uhr ab: **Konzert.**

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 199. Montag, den 26. August 1912. 19. Jahrg.

Aus dem Bericht des Parteivorstandes.

Gemeindevertretungen.

Die Gemeinde war früher der Ort, wo die Besitzenden ihre Sonder- und Klasseninteressen ungestört vertraten. Seit die Sozialdemokratie die Gemeindepolitik in den Bereich ihrer Wirksamkeit gezogen hat, ist es in vielen Orten anders geworden. In Gemeinde- und Stadtvertretungen werden nun auch die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Wahlkämpfe sind nicht mehr Streitereien um Personen, sondern politische Kämpfe geworden. Auch hier haben unsere Genossen manch bemerkenswerten Sieg errungen. Es ist aber unmöglich, die einzelnen Siege hier zu registrieren. Das Vordringen unserer Partei auf diesem Gebiet erkennt man am besten, wenn wir die Zahlen von drei Jahren untereinanderstellen. In folgender Stärke waren wir in den Gemeindeverwaltungen vertreten:

	In Stadtverordneten-Versammlungen		In Landgemeinden		Magistrat		Gemeindevorstand	
	Zahl der		Zahl der		Zahl der		Zahl der	
	Städte	Vertreter	Gemeinden	Vertreter	Städte	Vertreter	Gemeinden	Vertreter
1910	396	1813	2009	5720	41	114	51	82
1911	410	2015	2240	6646	31	95	83	154
1912	470	2531	2680	7393	50	104	157	204

Maifeier.

Anfang März gab der Parteivorstand ein neues Flugblatt über die Bedeutung der Maifeier heraus, das in vielen Orten mit gutem Erfolg verbreitet wurde. Die diesjährige Maifeier galt in erster Linie dem Proteste gegen die neuen Heeres- und Flottenlasten, die dem deutschen Volke im neuen Reichstage beschert wurden, und wurde so zu einer wuchtigen Demonstration wider das wahnwitzige Rüsten zu Wasser, zu Lande und in der Luft. Es war in diesem Jahre bei der Maifeier eine starke Beteiligung durch Arbeitsruhe zu verzeichnen. Bei den Veranstaltungen am Morgen des 1. Mai überstieg die Zahl der Teilnehmer in fast allen Orten die des Vorjahres. Die frühere Gepflogenheit, Maifeiern auch an den Sonntagen vor und nach dem 1. Mai abzuhalten, ist fast ganz aufgegeben. Die Maifeier muß nach den Maifeier-Vereinbarungen zwischen Partei und Gewerkschaften am 1. Mai stattfinden.

Der auf dem Nürnberger Parteitag angenommene Antrag 90, der verlangt, daß die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtet sind, einen Tagesverdienst abzuführen, hat in einer Reihe von Orten zu unerquicklichen Differenzen geführt. Diese Streitigkeiten haben bereits im Vorjahre den Jenaer Parteitag beschäftigt und es war dort beschlossen worden, daß gegen die Mitglieder, welche sich weigern, dem Nürnberger Beschluß nachzukommen, das Ausschlußverfahren einzuleiten sei. Bei Abschluß unseres Berichtes ließ sich noch nicht übersehen, welche Erfahrungen im Jahre 1912 mit der Abführung des Tagelohnes gemacht wurden. Die Nichtabführung des Tagelohnes im Jahre 1911 hat in einigen Orten zu Ausschlußverfahren geführt, die in letzter Instanz den Chemnitzer Parteitag beschäftigen werden. Die Genossen, welche von dem Antrag 90 betroffen werden und die Annahme dieses Antrags in Nürnberg für ein Unrecht halten, haben das Recht, für Aufhebung des Antrages zu agitieren. Sie haben aber die Pflicht, dem Antrage Folge zu leisten, so lange er gilt. Wenn sich solche Genossen hartnäckig weigern, dem Antrag nachzukommen, so verdient das den schärfsten Tadel.

Parteipresse.

Am Schlusse des Berichtsjahres verfügte die Partei über 86 Tageszeitungen. Die früher in Lörrach erscheinende „Volkszeitung" ist mit der „Volkswacht" in Freiburg verschmolzen worden. Neu hinzugekommen sind: „Schlesische Bergwacht" in Waldenburg, „Hessischer Volksfreund" für Erbach-Bensheim, „Donau-Wacht" in Ulm, „Freie Presse" in Reutlingen und „Volksblatt" in Coburg. Unter den Tageszeitungen befinden sich 19 sogenannte Kopfblätter. Neben den Tageszeitungen erscheinen das „Bayrische Wochenblatt", die „Volkswacht" in Danzig zweimal wöchentlich und ebenso die „Gaz. Robotnicza" in Kattowitz.

Von diesen 89 Parteizeitungen werden 8 in Privatdruckereien hergestellt, die übrigen in 59 Parteidruckereien. Der Parteivorstand ist an 23 Druckereien finanziell beteiligt. Neben sonstigem Einfluß auf die Verwaltung hat er sich auch das Recht der jederzeitigen Revision dieser Geschäfte gesichert. Außerdem haben in Ausführung des uns vom Jenaer Parteitag überwiesenen Antrags 15 weitere 20 Parteigeschäfte die Revision durch den Parteivorstand gewünscht. Im Laufe des Geschäftsjahres sind durch den vom Parteivorstand bestellten Revisor 28 Geschäfte revidiert worden. Davon 14 einmal, 13 zweimal und 2 dreimal.

Unter Hinzurechnung der „Gleichheit" verfügte die Parteipresse am 30. Juni 1912 über 1478042 Abonnenten.

Gegenüber dem Vorjahre ist das eine Zunahme an Abonnenten von 171577. Die Einnahmen aus Abonnements sind von 7840718 Mk. auf 8888834 Mk. und die Einnahmen aus Inseraten von 5853302 Mk. auf 6830496 Mark gestiegen. Neben der erheblichen Stärkung der Parteiorganisation hat also auch die Parteipresse erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen.

Das Sozialdemokratische Pressebureau hat im Berichtsjahre wesentlich höhere Ansprüche an die Hauptkasse gestellt als jemals zuvor. Der Zuschuß aus der Parteikasse belief sich auf 30100 Mk. gegenüber nur 8400 Mk. im Vorjahre. Freilich war das Bureau im Wahljahre 1912 auch vor große Aufgaben gestellt worden. Wenngleich manche Klagen nicht verstummen wollen, so darf doch konstatiert werden, daß das Pressebureau bei den Wahlen der Parteipresse gute Dienste geleistet hat. Für besondere Wahlartikel (Situationsberichte aus allen Teilen des Reichs) wurden etwa 700 Mk. verausgabt. An Telephongebühren hatte das Bureau nur 600 Mk. mehr zu verausgaben als im vergangenen Jahre. Dagegen steigerten sich die Ausgaben für Telegrammgebühren infolge der Wahlen auf 9600 Mk. — im Jahre zuvor waren nur 98,90 Mk. dafür ausgegeben worden! Eine Rückvergütung für Wahltelegramme wurde von der Parteipresse nicht verlangt. Unvorhergesehene Kosten entstanden dem Bureau durch die Anstellung eines Aushilfsredakteurs während der Wahlzeit. 1200 Mk. außerordentliche Ausgaben erwuchsen durch die Erkrankung und das Ableben des Redakteurs Düvell und eines Bureauboten. Durch die Anstellung eines dritten Boten, der auch für die „Partei-Korrespondenz" mit beschäftigt wird, steigerte sich der Etat um weitere 1200 Mark. Das Gehalt des Geschäftsführers war früher im Etat der „Partei-Korrespondenz" aufgeführt worden, wurde nunmehr aber für das Pressebureau übernommen. Das bedeutete eine weitere Erhöhung des Etats um 2700 Mk. Gehaltszulagen und erhebliche Steigerung der Kosten für die gewerkschaftliche Berichterstattung kamen hinzu. Letztere konnte ausgedehnt werden auf Österreich, England und Frankreich.

Während des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet wurde ein Spezialdienst eingerichtet. Ein regelmäßiger Auslandsdienst für die politische Berichterstattung hat noch nicht eingeführt werden können. Frühere Anregungen, dem Pressebureau auch die Berichterstattung über gewerkschaftliche Generalversammlungen zu übertragen, sind noch nicht über das Stadium der Erhebungen hinausgekommen. Der Beirat des Pressebureaus war der Meinung, daß man an eine so bedeutsame Erweiterung der Aufgaben nicht herantreten dürfe, bevor vollkommene Klarheit über die in Betracht kommenden Fragen geschaffen ist. — Der Kassenbericht des Pressebureaus weist eine Gesamt-Einnahme von 89776,68 Mark und eine Gesamt-Ausgabe von 85242,50 Mk., mithin einen Kassenbestand von 4534,18 Mk. auf.

Der „Vorwärts" brachte im Berichtsjahr einen Gewinn von 307348,20 Mk.

Der Abonnentenstand des „Vorwärts" betrug am 1. Juli 1912 165500 gegen 157000 im Vorjahre.

Die „Neue Zeit" hat einen Gewinn-Saldo von 8306,62 Mark aufzuweisen. Der Abonnentenstand betrug Ende 1910 9800, 1. Juli 1911 10500, 1. Juli 1912 10300.

Der „Wahre Jacob" brachte einen Gewinn von 52741,82 Mark.

Der Abonnentenstand betrug Ende 1910 286000, 1. Juli 1911 307000, 1. Juli 1912 380500.

Die „Gleichheit" schloß mit einem Gewinn-Saldo von 11818,01 Mk. ab.

Der Abonnentenstand betrug Ende 1910 85000, 1. Juli 1911 94500, 1. Juli 1912 107000.

In dem Geschäftsjahr vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 hat die Buchhandlung Vorwärts über eine große Anzahl Neuerscheinungen zu berichten:

Der Warenumsatz der Buchhandlung Vorwärts betrug im letzten

Geschäftsjahr	790709,64 Mk.
im Vorjahr	670367,79 „
mithin mehr	120341,85 Mk.

Der Abonnentenstand der Wochenschrift „In Freien Stunden" betrug im Jahresdurchschnitt 36000.

Als Gratiskunstblätter gelangten zur Ausgabe Millet, „Ährenleserinnen", und Crane, „Der Triumph der Arbeit".

Die „Kommunale Praxis" hatte für die Zeit vom 1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912 folgendes Ergebnis:

a) Eingänge:

Abonnements	28587,25 Mk.
Inserate und Beilagen	366,— „
	28953,25 Mk.
Zuschuß der Buchhandlung Vorwärts	1149,06 Mk.
	30102,31 Mk.

b) Ausgänge:

Redaktion	6390,10 Mk.
Mitarbeiter	4588,60 „
Druck und Buchbinderei	15644,25 „
Expedition und Agitation	3479,36 „
	30102,31 Mk.

Am 30. Juni betrug der Abonnentenstand 2907.

Parteischule.

Wegen der Reichstagswahlen hat im Winter 1911/12 ein Kursus der Parteischule nicht stattgefunden.

Zur Vorbereitung des 6. Kursus der Parteischule, der vom 1. Oktober 1912 bis zum 31. März 1913 dauern wird, hat eine gemeinsame Konferenz des Parteivorstandes mit dem Lehrerkollegium stattgefunden. Der Kursus wird im großen und ganzen nach demselben Plane abgehalten werden, nach dem die Arbeit der Parteischule in den vorhergehenden Kursen erfolgt ist. Erfreulicherweise liegen für den neuen Kursus wieder mehrere Meldungen von gewerkschaftlichen Zentralverbänden vor, darunter auch von solchen, die bisher noch keine Schüler auf die Parteischule entsandt hatten.

Im Lehrerkollegium der Parteischule ist ein Wechsel eingetreten. Genosse Franz Mehring hat sich aus Gesundheitsrücksichten genötigt gesehen, seine Lehrtätigkeit in der Parteischule einzustellen. An seine Stelle tritt als Lehrer für den Geschichtsunterricht Genosse A. Conrady.

Um mehrfachen Klagen der Schüler wegen Überlastung abzuhelfen, soll bei dem neuen Kursus wöchentlich außer den bisherigen beiden Nachmittagen noch ein dritter Nachmittag vom Unterricht frei gehalten werden.

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppius.

(4. Fortsetzung.)

„Einen Plan? O ja!" erwiderte er bitter lachend. „Es wird mir eben nichts übrig bleiben, als zum Tanze zu geigen, da, wo ich mit wenig ganz gewöhnlichem Glücke selbst hätte tanzen können; dazu Tambour zu werden und so weiter."

„Und zuletzt wäre das gar so schlimm nicht — ich habe in diesen vier Wochen mancherlei gesehen und gelernt." Als Reichardt überrascht aufsah, blickte er in ein Auge, das ihm ermutigend zulächelte und doch den Überrest einer herben Empfindung nicht ganz unterdrücken zu können schien. „Vielleicht ist aber das noch nicht einmal notwendig," fuhr sie fort und legte ihre Hand leicht auf seinen Arm. „Ich habe etwas anderes, das weniger Anstoß bei Dir finden wird."

„Für mich?" fragte er lebhaft, den Kopf hebend.

„Für uns beide — erst aber zwei Worte voraus, damit Du mich verstehst. Ich bin manchen Weg gegangen, seit wir hier im Hause sind, um eine Existenz für mich zu schaffen, ich hatte Tag für Tag Enttäuschungen zu ertragen und mochte doch Deinem sorgenvollen Gesichte gegenüber es zu keiner Erklärung kommen lassen, die uns beide nur vorzeitig entmutigt hätte. Ich hatte zuerst an die Stelle irgend einer Lehrerin gedacht — aber was ist bei den Deutschen hier eine Person ohne Empfehlung und ohne jedes Zeugnis? Der Zudrang der Einwanderung mag Vorsicht nötig machen, ich begriff das, und doch war es mir immer, als müßte ich als Ausnahme gelten, und erst nach manchem vergeblichen Versuche und mancher Demütigung begann ich die Nutzlosigkeit meiner Bemühungen einzusehen. Da erzählte mir die Wirtin von einer Bekannten, die arm hierher gekommen, jetzt aber ein brillantes Geschäft habe und mich vielleicht gern beschäftige, wenn ich einiges Geschick habe. Ich ging hin — es war eine Kleidermacherin. Da saßen eine Reihe junger Mädchen, bleich eine wie die andere, Stich für Stich sich ihr kärgliches Brot verdienend, und ich wußte, daß ich wohl den Mut haben konnte zu sterben, aber nicht ein solches Leben zu verbringen. An demselben Abende aber erhielt ich ein anderes Anerbieten. In der Bowery ist ein amerikanisches Konzertlokal; wahrscheinlich hat irgend jemand, der damit in Verbindung steht, mich singen hören — ich weiß nur, daß mir die Wirtin einen deutsch sprechenden Mann vorstellte, der mir 10 Dollars die Woche offerierte, wenn ich wöchentlich an drei bestimmten Abenden in dem Lokale meine Lieder vortragen wolle. Am nächsten Abende ging ich mit der Wirtin, um mich von den Verhältnissen zu unterrichten. Es war ein sonderbarer Stil von Musik, mit welchem die Amerikaner traktiert wurden, aber das Publikum war trotz seiner heiteren Ausbrüche anständig, und ich konnte mir recht gut den Effekt vergegenwärtigen, den eine deutsche Komposition hier machen mußte. Ich forderte eine Frist zur Überlegung, zugleich aber für jeden Fall auch Dein Engagement, das für die Pianobegleitung unumgänglich notwendig werde. Es wurde mir zugesagt, und das Interesse für Dich schien sich noch zu vermehren, als ich von Deiner Fertigkeit auf der Violine sprach. Jetzt entsteht also nur die Frage, ob Du bereit bist, auf eine derartige Beschäftigung einzugehen."

Reichardt hatte mit steigender Spannung den Bericht des Mädchens angehört. „Und Du willst wirklich in einem dieser Bowery-Lokale öffentlich singen, Matilde?" fragte er, als könne er noch kaum die Möglichkeit eines solchen Schrittes glauben.

In des Mädchens Gesicht stieg, sichtlich durch den Ton seiner Frage hervorgerufen, ein helles Rot. „Ich werde es nicht tun, wenn Du für Dich ein passendes Unterkommen weißt," erwiderte sie; „für mich gäbe es wohl noch einen andern annehmbaren Vorschlag, der aber Deine Mitwirkung ausschließt und für mich deshalb ganz außer Frage lag. Im übrigen aber denke ich, daß die Kunst jeden Ort, an dem sie ausgeübt werden mag, veredelt, und es lag ein großer Reiz für mich in dem Gedanken, diese Menschen, die noch kaum andere Klänge als Negerlieder und dergleichen gehört zu haben scheinen, aufzuwecken. Sage mir nur jetzt, wenn Du nicht durch die Straßen trommeln willst, was Du zu tun gedenkst, und meine ersten Bedenklichkeiten, die ich hatte, werden sich wohl auch wieder finden."

Reichardt sprang von seinem Stuhle auf und durchmaß einige Male rasch das Zimmer. „Mein Interesse also ist es," sagte er endlich, vor dem Mädchen stehen bleibend und ihre beiden Hände fassend, „das Deinen Entschluß bestimmt hat?"

„Und wenn es sich so verhielte, wäre denn etwas Außerordentliches dabei?" erwiderte sie, mit einem Blicke zu ihm aufsehend, der ihm warm bis ins Herz drang. „Hattest Du es denn nicht als Bedingung unserer Geschwisterschaft gesetzt: geteiltes Glück und geteiltes Leid?"

Er sah einige Sekunden lang in ihre Augen, die sich voll seinem Blicke hinzugeben schienen, und nahm dann seinen Gang durch das Zimmer wieder auf.

„Und wann soll das Engagement seinen Anfang nehmen?" fragte er wie noch immer nicht mit sich einta

„Morgen Abend schon, Bruder Max, ich habe eben alles bis zum letzten Termine verschoben, um unserm Schicksale in keiner Weise vorzugreifen," erwiderte sie, den Kopf nach dem Wandernden drehend. „Übrigens will ich Dir, wenn es Dich beruhigen kann, mitteilen, daß ich nicht unter eigenem Namen, sondern als eine irgend beliebige Größe auftreten werde, deren Namen und Qualitäten bis zum morgenden Zetteldruck noch Geheimnis der Konzert-Unternehmer sind."

Reichardt schüttelte den Kopf und blieb wieder stehen. „Ich soll Dich nicht fragen: wer warst Du, und was trieb Dich hierher? Matilde," sagte er, „aber ich darf wohl fragen: wohinaus soll es gehen, wenn Du einmal einen Weg, wie den beabsichtigten eingeschlagen hast?"

Sie bog das lächelnde Gesicht über die Lehne des Stuhls nach ihm. „Weißt Du nicht, was der Kupferschmied auf dem Schiffe sagte: immer laufen lassen, was sich nicht halten läßt? Aber," fuhr sie fort, sich langsam erhebend und auf ihren Gesellschafter zutretend, „willst Du uns beiden einen tröstlicheren Weg zeigen — ich folge, wenn er auch vorläufig nur zur Bezahlung des Kostgeldes führt! Hier ist indessen die große Aufgabe, die wir zu erfüllen haben; was darüber hinausliegt, darf uns im Augenblick nicht einmal kümmern!"

Reichardt sah vor sich nieder. „Nur ein Funken ganz ordinäres Glück, und es hätte nicht dahin kommen dürfen," sagte er unmutig; „los denn, in Gottes Namen! Wann werde ich gebraucht?"

„Morgen früh zum Einstudieren, damit wir wenigstens unsere eigene Genugtuung am Abend haben!"

Er nickte und hob dann den Kopf. „Es ist ein Anfang, wie ich ihn mir nicht habe träumen lassen, „aber es ist doch ein Anfang, und — hier ist die Bruderhand, Matilde!" sagte er, dem Mädchen, das ihm mit dem klaren Lächeln eines frischen Entschlusses in die Augen blickte, die Rechte entgegenstreckend.

Es war am folgenden Abend, und das Geschwisterpaar, der Bowery zuwandernd, sah bereits den Ort seiner Bestimmung vor sich. Reichardt trug eine leichte Notenmappe, während Matilde unter dem Sommermantel des Gazekleides, in welchem sie vor ihren Zuhörern erscheinen wollte, aufgeschürzt hielt. An der Tür des von hellen Gaslaternen bezeichneten Lokals bewegten sich bereits die verschiedenartigsten Menschengruppen, die Zettel, welche eine berühmte Primadonna mit fast unaussprechbarem Namen verkündeten, entziffernd, die Eintretenden musternd oder selbst Eintritt suchend.

Der Saal, in welchem die Vorstellungen stattfanden, zeigte außer den Sitzen für die Zuhörer nichts als eine Er

Wo das Zentrum zu Hause ist.

Dieser Tage lief die aus Zentrumsblättern stammende Notiz durch die Presse, in Baden sei es gelungen, nach sechszehn Jahren den Mörder eines Oberjägers Schäfer, der 1896 erschossen im Renchthal aufgefunden wurde, zu entdecken. Als dieser vermeintliche Mörder sollte der frühere Jagdaufseher Hauser festgenommen worden sein.

Die Notiz war falsch, ihre Vorgeschichte zeigt uns ein erschreckendes Bild klerikalen Fanatismus, wie er sich dort breit macht, wo das Zentrum dominiert.

Es wird uns zu der Sache geschrieben: Der des Mordes verdächtige Mann begab sich zur Staatsanwaltschaft in Offenburg, wo man ihm mitteilte, daß gar kein Verdacht gegen ihn bestehe. Nunmehr beauftragte er den demokratischen Rechtsanwalt Rothaupt in Offenburg mit der Erhebung der Beleidigungsklage gegen die ultramontane „Offenburger Zeitung" und die anderen Blätter meist gleicher Gesinnung, die die Notiz gebracht. Der genannte Rechtsanwalt veröffentlicht nun soeben im „Ortenauer Bote" folgende Erklärung, die für sich selbst spricht:

„Herr Hauser war einer der wenigen, nicht dem Zentrum angehörenden Besucher der Versammlung (die Rechtsanwalt Rothaupt für die liberale Vereinigung zur Reichstagswahl in Nesselried hielt); er fiel dadurch auf, daß er dem Referenten Beifall spendete. In der Folgezeit machte er sich dadurch mißliebig, daß er für den Kandidaten Kölsch der vereinigten liberalen Parteien agitierte und Kölschzettel verteilte. Nachdem der liberale Kandidat als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgegangen war, wurde in Nesselried ein Revanchefeldzug nicht nur gegen Herrn Hauser, sondern sogar gegen den Wirt in die Wege geleitet, in dessen Lokal die Versammlung stattgefunden hatte; das betreffende Lokal wurde eine Zeitlang förmlich boykottiert. Erst als der Herr Ortspfarrer, dem — zu seiner Ehre sei es gesagt — dieses Treiben zuwider war, selbst das Lokal aufsuchte, hörte der Boykott nach und nach auf. Um so kräftiger wurde die Sache gegen Herrn Hauser fortgesetzt: er ist von Beruf Hausmetzger, man hängte ihm den Spitznamen „Kölschmetzger" an, und veranlaßte einen Einwohner von Nesselried, die Metzgerei zu erlernen und ihm Konkurrenz zu machen. Den Höhepunkt erreichte die gegen Herrn Hauser inszenierte Hetze durch die anonyme Anzeige, er sei der Mörder des Oberjägers Schäfer und durch die Lanzierung dieser perfiden Behauptung in die Presse. Das eingeleitete gerichtliche Verfahren wird hoffentlich über diese geradezu abschreckende Art der Verfolgung eines politischen Gegners volle Klarheit schaffen."

Kommentar ist überflüssig!

Europäische Brigantenpolitik in Persien.

Die vielbesprochene Reise des französischen Ministerpräsidenten nach Petersburg hat unter anderem auch den Zweck gehabt die Frage der transpersischen Eisenbahn, an der das französische Kapital finanziell, England und Rußland jedoch politisch hervorragend interessiert sind, einer Lösung näher zu bringen. Wie der französische Botschafter in Petersburg, Herr Louis, neuerdings erklärt hat, ist eine Lösung dieser Angelegenheit nicht erfolgt, wenn es auch Poincaré gelungen ist, sie tüchtig zu fördern. Diese Frage, die erst vor kurzer Zeit auf der politischen Bildfläche erschienen ist, verdient die aufmerksamste Beachtung, weil sie einerseits mit der persischen Politik Rußlands auf das engste verknüpft ist, andererseits auf das Vordringen des westeuropäischen Finanzkapitals in Vorderasien grelle Schlaglichter wirft.

Das größte Interesse an diesem Unternehmen, das den Kaukasus mit Indien verbinden soll, nimmt das französische Kapital, das von dieser mit der Bagdadbahn konkurierenden Bahn fette Profite und das Anwachsen des französischen Einflusses in Vorderasien erwartet. Die russischen Expansionspolitiker befürworten stürmisch dieses Unternehmen, um Persien politisch und strategisch an Rußland zu fesseln und England gegenüber einen weiteren Trumpf in die Hand zu bekommen, wirtschaftlich jedoch sind sie an dieser Bahn nur wenig interessiert, ja sie haben sogar bei der russischen Unternehmerklasse, die ihren persischen Markt bedroht sieht, heftige Proteste wachgerufen. In England endlich wird die transpersische Bahn aus strategischen wie aus politischen Gründen aufs schärfste verurteilt und nur von dem Auswärtigen Amt und einzelnen Finanzgruppen, als deren Sprachrohr die „Times" dient, befürwortet. Die Gründe für eine solche Haltung sind klar. Selbst die Befürworter der russenfreundlichen Politik Sir Edward Greys sehen in der Verwirklichung dieses Planes den vollständigen Bankrott der 1907 inaugurierten mittelasiatischen Politik, die angeblich den Zweck verfolgte, die englischen und russischen „Einflußsphären" abzugrenzen, um Deutschland gegenüber die Hände frei zu bekommen, nun aber die Gefahr herauf beschworen hat, die vorwärtsstürmende russische Soldateska an den Toren Indiens zu sehen. Die französische Presse trägt selbstverständlich dieser Stimmung in England, in der sich Liberale und Konservative, Militärs, Politiker und Kaufleute vereinigen, Rechnung und würde, wie der offiziöse „Temps" kürzlich geschrieben hat, angesichts einer solchen Stimmung in dem befreundeten Staate, von dem ganzen Unternehmen Abstand nehmen. Vorläufig jedoch steht der russisch-indische Bahnplan im Vordergrunde des politischen Interesses und gehört — wie der liberale „Daily News" sehr treffend bemerkt hat — mit zu der Erpressung, die Rußland aus England herausgedrückt hat!

Die letzte Bemerkung des liberalen Blattes, das die Auslandspolitik Sir Edward Greys von Anfang an bekämpft hat, führt uns mitten hinein in die Wirrnisse der russisch-englischen Politik in Persien. Der im vorigen Jahre aus Persien vertriebene amerikanische Generalschatzmeister Morgan Shuster schreibt in seinem soeben veröffentlichten Buche „The Strangling of Persia" sehr richtig, nur die Feder eines Macaulay oder die Pinsel eines Wereschtschagin können diese Politik schildern, „bei dem zwei mächtige und angeblich christliche Länder ein treuloses Spiel treiben mit Wahrheit, Ehre, Anstand und Gesetz." Die Absicht der englischen Politiker ging 1907 dahin, mit dem im Kriege geschwächten Rußland in Asien ein Abkommen zu treffen, das durch die Bildung eines in zwei Einflußspären und eine neutrale Mittelzone geteilten Pufferstaates die englische Politik von der Sorge um Indien befreite und dem vordringenden deutschen Imperialismus ein Gegengewicht im Osten entgegenstellte. Diese Berechnungen haben sich als gründlich verfehlt erwiesen. Nachdem Rußland mit englischer Hilfe seine Stellung in der Weltpolitik verbesserte, das autokratische Regiment und die Reaktion im Innern verstärkte und seine militärischen Kräfte ausbaute, ging es ohne weiteres daran, die Okkupation Nordpersiens, die eigentlich durch das Abkommen von 1907 verhütet werden sollte, in Wirklichkeit umzusetzen. Zugleich machte es durch seinen Potsdamer Vertrag mit Deutschland die weiteren Hoffnungen der englischen Politik zu schanden, und sicherte sich nicht nur die Genehmigung Deutschlands zu seiner Raubpolitik in Persien, sondern stärkte noch seine Position als meistumworbenes Glied der europäischen Mächtegrupepn, das heute dem Dreibund und morgen den beiden anderen Mitgliedern der Tripelentente die lächelnde Seite seines Januskopfes zuwendet und von beiden Zugeständnisse und Begünstigungen seiner Expansionspolitik erhält. Die außerordentliche Regsamkeit, die die russische Diplomatie gerade in den letzten Monaten wieder entfaltet, führt uns die Methoden und die Ergebnisse dieser doppelgesichtigen Politik deutlich vor Augen.

Während die Früchte dieser Politik am Balkan und im fernen Osten erst langsam heranreifen, schreiten sie, wie nunmehr keinem Zweifel unterliegt, in Persien einer stürmischen Entwicklung entgegen. Die Zentralregierung in Teheran befindet sich schon seit dem verflossenen Winter in den Händen der russischen Diplomaten; das persische Parlament ist aufgelöst und soll erst einberufen werden, wenn die sachkundigen russischen Staatsstreichler ein neues Wahlgesetz mit indirekter öffentlicher Wahl erlassen haben; die finanzielle Lage des Landes ist infolge der russischen Raubwirtschaft und der künstlich aufrechterhaltenen Anarchie eine elende, und die teuflische Anleihepolitik Rußlands und Englands tut das ihrige, um die goldene Schlinge um den Hals Persiens zu ziehen; alles dies geht Hand in Hand mit der auf russischen Wunsch erfolgenden Hetze gegen die Demokraten, mit dem Wüten Samoa-Chans in Täbris und der zügellosen Herrschaft der russischen Soldateska in allen Teilen der russischen „Einflußsphäre". Zugleich führen die russischen Truppen, die immerfort neue Verstärkungen aus dem Kaukasus erhalten, einen regelrechten Krieg gegen die Schachsewenen, einen nordpersischen Nomadenstamm, der trefflich ausgerüstet und von der ganzen Bevölkerung unterstützt, den „heiligen Krieg" gegen die russischen Eroberer eröffnet hat. Der kaukasische Stadthalter als der Oberkommandierende der persischen Operationstruppen hat zwar in seinem Truppenbefehl vorgeschrieben, die Schachsewenen bloß als „Räuber" zu betrachten, aber die Offiziösen gestehen es offen ein, daß hier von russischer Seite ein regelrechter Krieg gegen die Perser geführt wird. Nicht um die „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" im Grenzgebiete geht es nun den russischen Eroberern, sondern um die tatsächliche Besitzergreifung der reichsten persischen Provinzen, um die Fesselung der nationalen Entwicklung, um die Befriedigung der russischen Expansionsgelüste — vorläufig unter der Maske des befreundeten und am meisten interessierten Staates. Demselben Zweck dient auch die neuerdings durchgesetzte Verstärkung der unter russischem Befehl stehenden Kosakenbrigade von 1750 auf 4700 Mann, die in Teheran als ernster Erfolg der russischen Diplomatie angesehen wird; ferner die Unterhandlungen, die wegen der Rückkehr des Exschahs mit England geführt werden, und endlich die immer stürmischer werdenden Drohungen und Forderungen, die die russische Diplomatie wegen des Grenzstreites in Urmia an die Türkei richtet. Das Organ der Kriegspartei, "Nowoje Wremja" schreibt offen, man müsse „die frech und übermütig gewordene Türkei in ihre natürlichen Grenzen zurückführen", ohne die Entscheidung des Haager Schiedsgerichtes abzuwarten, und das um so mehr, als die Situation, die infolge der Ereignisse in Albanien und des Krieges mit Italien für die Türkei äußerst schwierig sei, von Rußland energisch ausgenutzt werden müsse. Dem „verbündeten" England wird von demselben Blatte zugleich die Anweisung erteilt, doch für die Ordnung in Südpersien zu sorgen und Rußland nicht zu hindern, in Nordpersien zu schalten und zu walten. „Irgend einen Zweck — bemerkt das Blatt höhnisch — muß doch unsere Annäherung und Vereinbarung mit England haben!" Das ist die Sprache, mit der die russischen Eroberungspolitiker sich an den Bundesgenossen wenden und die Realisierung des 1907 aufgestellten Wechsels vorbereiten. Wenn die jetzigen Anzeichen nicht trügen, so dürften schon die nächsten Wochen Ereignisse in Persien heraufbeschwören, die auf die gesamte internationale Politik zurückwirken werden.

Gewerkschaftsbewegung.

„Unglaubliches" Vorgehen der Gendarmen beim Rheinschifferstreik. Vor dem Duisburger Schöffengericht wurde gegen den Angestellten der Transportarbeiter E. Müller wegen Beleidigung der Gendarmen der achten Gendarmeriebrigade in Coblenz verhandelt. Der Anklage lag folgender Vorgang zugrunde: Während des Rheinschifferstreiks benahmen sich die zum Schutze der Arbeitswilligen auf die Schiffe abkommandierten Gendarmen und Polizisten den Streikenden gegenüber äußerst provokatorisch. Wie damals schon in der Presse gemeldet, schossen die Gendarmen öfter ohne jeden Grund auf die Streikenden; besonders aber ein Vorfall in Bingen war für das Vorgehen der Beamten charakteristisch. Dort fuhren an einem Abend mehrere Streikende mit einem Nachen an einige Schiffe heran, um mit den Arbeitswilligen zu konferieren. Auf Anlaß eines Steuermanns erschienen plötzlich auf einem Schiffe Gendarmen, die ohne weiteres auf die im Nachen befindlichen Streikenden losknallten. Die Streikenden warfen sich auf den Boden des Nachens nieder und hörten dann, wie von den Gendarmen gerufen wurde: „So, da liegt einer!" und „So, da liegt wieder einer!" Der Angestellte des Heizerverbandes, Genosse Haase, wurde bei der Schießerei, bei der über 8 bis 12 Schüsse abgegeben wurde, durch einen Schuß am Oberschenkel verletzt. Diesen Vorgang schilderte Gen. Müller in einer Hafenarbeiter-Versammlung in Duisburg und bezeichnete das Benehmen der Gendarmen mit einem scharfen Ausdruck. Der Staatsanwalt erhob daraufhin Anklage. Genosse Haase als Zeuge schilderte den Vorgang, wie er sich abgespielt hat. Er bekundete weiter, daß gegen drei der an dem Vorgang beteiligten Streikenden Anklage wegen Hausfriedensbruch erhoben war, daß aber der Staatsanwalt die Anklage fallen gelassen habe, weil den Angeklagten keine strafbare Handlung nachzuweisen war. Der Amtsanwalt beantragte gegen Müller eine Geldstrafe von 200 Mk. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 6 Wochen. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, daß das Gericht nicht annehmen konnte, daß die Gendarmen in der von Haase bekundeten Weise vorgegangen wären. So etwas sei unglaublich. Die Aussagen des Zeugen sehe das Gericht deshalb als unglaubwürdig an. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt, um in der Berufungsinstanz festzustellen, ob der gute Glaube des Gerichts oder die Aussagen einwandfreier Zeugen beweiskräftiger sind.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Würzburger Mühlenarbeiter. Die Mühlenarbeiter in Würzburg, die erst vor einigen Wochen für die Organisation gewonnen werden

---

höhung für die Vortragenden und einen Vorhang daneben, welcher den Zwischenraum bis zur Wand verdeckte. Hierhin begleitete Reichardt das Mädchen, das, als sie bereits mehrere als Neger kostümierte „Künstler" in dem Raume stehen sah, sich auf einen Stuhl in der hintersten Ecke niederließ.

Das versammelte Publikum schien bereits des Wartens genug zu haben, und Reichardt konnte sich nicht halten, bei einzelnen Ausbrüchen der Ungeduld den Kopf zu schütteln. Dieses Johlen, Pfeifen und Schreien war so roh und unbändig, wie es die niederste Kneipe in Deutschland ihm kaum geboten hätte. Er warf einen Blick nach Matilden, die indessen, den Blick in ein Notenstück vertieft, kaum zu hören schien; den übrigen „Künstlern" aber schien der Lärm etwas so Gewöhnliches, daß es nicht eine Sekunde lang ihr halblautes Gespräch zu unterbrechen vermochte. Endlich trat der Direktor der Truppe, ebenfalls mit dem Teint Afrikas versehen, in den Raum, grüßte mit einem verbindlichen Lächeln, das Reichardt in diesem schwarzen Gesichte ganz abscheulich fand, die junge Dame, und das Konzert begann mit einer Ouvertüre, in welcher Banjo und Tamburin jedenfalls die Hauptrolle spielten. Reichardt wollte anfangs seinem Gehör nicht trauen, bis das Ohr sich an das wirre Durcheinander von Tönen gewöhnt hatte, und er endlich hoffnungslos ein Verständnis der tollen Eigentümlichkeit des Stückes erlangte; das Publikum aber schien höchlichst erbaut davon und applaudierte, als solle der Boden des Saales durchaus hinunter gestampft werden. Ein Gesang, von welchem Reichardt kein Wort verstand, der aber den Grimassen des Vortragenden und dem Johlen und Lachen des Auditoriums nach äußerst komisch sein mußte, folgte, und nun war Matildens erstes Lied an der Reihe. Reichardt fühlte die Hand des Mädchens in der seinen zittern, als er sie auf die Erhöhung vor das Publikum führte, aber er konnte ihr nur durch einen warmen Händedruck Mut zusprechen. Über die versammelten Menschen legte es sich wie ein Schweigen des Erstaunens, als die weißgekleidete bleiche Mädchengestalt, diese von den gemischten Darbietungen so auseinandergehende Erscheinung, hervortrat; einzelnes Klatschen erhob sich an verschiedenen Orten, das aber nirgends zünden wollte, und Reichardt fühlte eine eigentümliche Beklemmung, als er sich an dem bereitstehenden Piano niederließ. Kräftig begann er das Vorspiel zu einem Liede, das der Sängerin im Boardinghause stets den ungeteiltesten Beifall eingetragen, und bei den bekannten Klängen schien Matilde neuen Mut zu gewinnen; ihr Kopf hob sich und mit voller Sicherheit begann sie die ersten getragenen Töne. Ihre Stimme hatte eine Wirkung in dem weiten Saale, welche ihr Reichardt nie zugetraut; über den Zuhörern aber blieb dieselbe eisige Stille wie vorher liegen, und selbst bei einer am Schlusse des ersten Teiles eingelegten, glücklich durchgeführten Kadenz rührte sich nirgends eine Hand. Reichardt fühlte das Blut nach seinem Kopfe steigen, er hatte nicht den Mut, in Matildens Gesicht aufzusehen — da, mit den ersten Tönen des zweiten Teiles wurde eine Stimme laut: „Englisch!" und als habe das eine Wort dem allgemeinen Gefühle Ausdruck gegeben, schrie es „Englisch" von allen Seiten nach; einzelnes Zischen erhob sich wohl als Opposition der Störung, schien aber nur die ersteren Rufe in ihrer Zahl zu vermehren und in ihrer Ausdauer zu kräftigen. Matilde hatte aufgehört zu singen und blickte geisterbleich über das Publikum hin, und wie beschworen von dem Ausdruck dieser großen schwarzen Augen begann sich der Lärm zu legen. Reichardt intonierte sein Zwischenspiel noch einmal, und wie mechanisch fiel das Mädchen an der rechten Stelle ein, aber schon nach ihren beiden ersten Noten brach unter den Zuhörern ein voller Sturm aus. „Englisch, Englisch!" schrie es, lärmte, pfiff und tobte es — Reichardt sah sich vergebens nach dem Direktor der Truppe um, während Matilde, starr wie eine Statue, ihren Platz behauptete — da sprang plötzlich hinter dem Vorhange eine grotesk aufgeputzte Negerin, eine Gitarre in der Hand, hervor, schlenkerte die großen, den verkleideten Mann verratenden Beine in einigen karikierten Tanzpas und begann, sich an den äußersten Rand der Erhöhung vor die Sängerin stellend, in durchschneidender Fistelstimme:

„Miss Nelly was a Lady —"

In einen Sturm von Applaus, Gelächter und Hurras gingen die Zeichen der Unzufriedenheit über, Reichardt aber sah, wie Matilde plötzlich wankte. Mit zwei Schritten war er an ihrer Seite und führte sie, die sich fest an seinen Arm klammerte, von der Bühne. „Nur fort, nur fort ins Freie!" sagte sie gepreßt, als beide hinter dem Vorhange angelangt waren. Er warf ihr den Sommermantel um, legte ihr den Schleier über den Kopf und führte sie, ohne einen Blick nach den übrigen Mustern zu werfen, die sich augenscheinlich aus ihrem Wege gestellt hatten, nach dem Korridor hinaus.

Sie hatten die Straße erreicht. „Nach Hause!" flüsterte Matilde, als drücke ihr eine Last die Brust zusammen, und Reichardt fühlte, während er ihrem raschen Schritte folgte, zeitweise ihren Arm in dem seinen zucken. Er konnte die ganze Aufregung und Bitterkeit ihres Herzens mitfühlen, aber er mochte auf der Straße und unter dem frischen Eindruck des Schlags, den sie erhalten, nicht zu ihr reden; nur durch die Art, wie er sie eng an sich geschlossen führte und ihr sichtliches Streben rasch nach dem Boardinghause zu kommen, förderte, mochte er ihr andeuten, was er selbst empfand.

Sie ließ seinen Arm los, als sie ihre Wohnung erreicht hatten, und eilte ihm voran die erleuchtete Treppe hinauf; als sie aber ihr nur von einer außen brennenden Gaslaterne schwach erleuchtetes Zimmer geöffnet, und Reichardt, von Sorge für sie getrieben, ihr gefolgt war, wandte sie sich, wie ihrer nicht mehr mächtig, um und fiel in einem Tränenausbruche, der in seiner Leidenschaftlichkeit den jungen Mann erschreckte, an dessen Brust.

Reichardts erste Bewegung war, die Tür zu schließen; dann umfaßte er mit einem ihn seltsam durchrieselnden Gefühle die krampfhaft schluchzende, halb bewußtlose Gestalt und zog sie zu sich auf einen Stuhl nieder. „Matilde, was ist es denn mehr als eine Erfahrung im fremden Lande, die jeder hier machen muß?" sagte er, ihr beruhigend zusprechend, während er doch unter dem Drucke dieser weichen Glieder, die auf ihm ruhten, es heiß in sich aufsteigen fühlte; „Matilde, haben wir denn etwas verloren, sind wir denn nicht noch beieinander?"

„Ich wäre auch gestorben, wenn ich allein gestanden hätte!" sagte sie, das von Tränen überflutete Gesicht hebend. Sie sah in seine von Gaslicht hell beschienenen Züge, in ihren Mienen leuchtete es warm und leidenschaftlich auf — „Max, ich möchte sterben!" rief sie plötzlich, und Reichardt fühlte ihre Arme fester um seinen Nacken, fühlte ihren Mund voll und heiß auf dem seinen; — als er aber, seiner Aufregung nicht mehr gebietend, seine Arme fest um ihren Leib schlingen wollte, rang sie sich mit einer plötzlichen Kraftanstrengung los und sprang auf. „Geh, Max, geh!" rief sie als er ihr folgte, ihm beide Arme abweisend entgegenstreckend, „unsere Wege dürfen nicht miteinander laufen!" dann aber, wie von einem neuen Gedanken erregt, faßte sie beide Hände in die ihrigen und sah ihm zwei Sekunden lang tief in die Augen. „So, nun gute Nacht!" sagte sie dann, ihn loslassend und die Tür öffnend. — Reichardt stand wie halb betäubt in dem Korridor, hörte, wie sie den Riegel vorschob, und wandte sich dann langsam seinem Zimmer zu.

(Fortsetzung folgt.)

konnten, haben trotz dieser kurzen Organisationszugehörigkeit durch eine jetzt beendete Lohnbewegung gute Erfolge erzielt. In einem der in Frage kommenden Betriebe kam es erst zu einem mehrtägigen Streik, um zu einem Ergebnis und zur Einigung zu gelangen. Die erzielten Lohnerhöhungen betragen 1,50 Mk. bis 5,50 Mk. pro Woche; erreicht wurden ferner Bezahlung der Überstunden, Zuschlag für Sonntagsarbeit, vor den hohen Festtagen Arbeitsschluß um 2 Uhr. Besonders wertvoll ist aber die Verkürzung der Arbeitszeit. 12 bis 16 Stunden täglich wurde früher gearbeitet; nun ist eine Arbeitszeit von 9¾ Stunden pro Tag durchgesetzt. Die Mühlenunternehmer gehören im allgemeinen zu den enragiertesten Gegnern der Arbeitszeitverkürzung; in Rücksicht auf diese Tatsache ist der Erfolg in Würzburg besonders wertvoll, zumal die Arbeitszeitverkürzung in so ausgedehntem Maße erfolgte.

Streikbrechervermittelung durch das Gewerbegericht. Daß auch von Gewerbegerichten für die Beschaffung von Streikbrechern gewirkt wird, ist wohl die neueste Errungenschaft auf dem Gebiete der Streikbrechervermittlung. Bisher teilten sich in diese Aufgabe, außer den von den Unternehmern eigens dazu geschaffenen Einrichtungen, die privaten Streikbrecherbureaus, Militärverwaltungen, Behörden, Krieger-, christliche und Hirsch-Dunckersche Vereine. Die neueste Form der Streikbrechervermittelung wird durch folgendes illustriert: In Crimmitschau (Sachsen) streiken seit einiger Zeit die Kupferschmiede. Einer der bestreikten Firmen war es geglückt, einen Arbeitswilligen vom Ausland heranzuholen. Dieses Glück war aber nur von kurzer Dauer. Die Streikenden hatten sich mit dem Kollegen verständigen und ihn zu dem Entschluß bringen können, die Arbeit niederzulegen. Er erhielt nun von den Unternehmern wohl seine Papiere, nicht aber den Lohn. Da der Arbeiter nur gebrochen deutsch sprach, ging einer der Streikenden mit ihm zum Gewerbegericht, um ihm durch eine Klage zu seinem Gelde zu verhelfen. Nachdem dieser den Sachverhalt darlegte, wurde er vom Gewerbegerichtsschreiber aufgefordert, das Zimmer zu verlassen, er (der Gerichtsschreiber) wolle selbst mit dem Kläger verhandeln. Der Erfolg dieser Verhandlung war aber ganz überraschend: Nach kurzer Zeit erschien ein Schutzmann, der den Kläger in seine frühere Arbeitsstelle begleitete, wo dieser die Arbeit wieder aufnahm. Man weiß nun nicht, in welcher Weise der Gerichtsschreiber auf den Mann eingewirkt hat, denn das geschah unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Als sicher aber muß erscheinen, daß auf einen Rechtsuchenden sehr stark parteiisch eingewirkt worden ist und daß hier ein einseitiger Eingriff in einen schwebenden Konflikt zugunsten des Unternehmers erfolgte. So ist Krimmitschau, dessen Behörden noch von dem großen Textilarbeiterkampf in öffentlicher Erinnerung sind, um ein neues Verdienst im Unternehmerinteresse sicher. Aus diesem aufreizenden Vorkommnis kann man lernen, wie notwendig es ist, auch die interne Tätigkeit der Gewerbegerichte fortgesetzt im Auge zu behalten.

Ortskrankenkassentag.

Die 19. Jahresversammlung des Hauptverbandes deutscher Ortskrankenkassen tagte vom 18.—21. August in Köln. — Nachdem am Sonntag in einer Vorversammlung das Bureau gewählt, die Tagesordnung definitiv festgesetzt und eine Geschäftsordnung beschlossen war, begann am Montag die erste Sitzung mit Begrüßungs-Ansprachen. Regierungsräte und Oberregierungsräte, auch Bürgermeister Fuchs-Köln fanden schöne, sozial klingende Worte. — Der Vorsitzende des Hauptvorstandes Fräßdorf-Dresden wies auf das Wachstum des Verbandes im letzten Jahre hin. 5 Millionen Versicherte wären im Hauptverband vertreten. Der zahlreiche Besuch der Jahresversammlung, an der fast 1000 Delegierte teilnahmen, sei zurückzuführen auf das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, wodurch den Krankenkassen neue bedeutende Aufgaben erwüchsen. Redner kam auch auf das Verhältnis der Ärzte zu den Krankenkassen zu sprechen und führte aus: Die Kassen sind vor unberechtigten Angriffen zu schützen. Der Ärzteverband sei sogar soweit gegangen, seinen Mitgliedern zu empfehlen, gegebenenfalls die kassenärztliche Hilfe zu verweigern. Es gelte Waffen zu suchen um uns gegen diese Drohungen zu wehren. Wir wollen aber auch prüfen, inwieweit die Forderungen der Ärzte berechtigt sind. Wir kündigen den Ärzten nicht den Krieg an, sondern stehen in der Verteidigungsstellung, in der wir stark und einig sind. Auch den Vorwurf, daß der Hauptverband sich mit politischen Angelegenheiten beschäftige, wies er energisch zurück. Das harmonische Zusammenarbeiten von Arbeitgebern, Arbeitern und Beamten im Interesse der Versicherten lasse eine Beschäftigung mit irgendwelcher Parteipolitik garnicht zu. (Lebhafter Beifall).

Zum Geschäftsbericht, der gedruckt vorlag, machte Herr Hesse-Dresden noch einige ergänzende Mitteilungen. Der Bericht wurde genehmigt.

Über Gewerbekrankheiten und Reichsversicherungsordnung sprach alsdann Herr Dr. Hanauer-Frankfurt a. M. Er führte aus, daß man dem Begriff Gewerbekrankheiten eine weite Fassung geben müsse. Eine exakte Statistik über Berufserkrankungen sei zur richtigen Erkenntnis des Umfanges der Gewerbekrankheiten nötig. Die Krankenkassen sollten ihre Hauptaufgabe darin erblicken, daß rechtzeitig sanitäre Maßnahmen zur Verhütung der Krankheiten oder doch zur Abkürzung der Krankheitsdauer ergriffen würden, sie sparten dadurch an Krankengeld und anderen Ausgaben. — Nun kam „Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten zur Sprache. Der Referent Brachel-Köln wandte sich gegen die überspannten Forderungen der Ärzteorganisationen. Die Ärzte drohen mit dem Generalstreik und suchen durch unwahre Behauptungen in der Öffentlichkeit Stimmung für diesen Streik zu machen. So wird behauptet, die Krankenkassen planten eine Aussperrung der Ärzte, eine Gewaltprobe. (Gelächter.) Die Kassen haben niemals daran gedacht aggressiv gegen die Ärzteorganisationen vorzugehen. Redner gab folgende Erklärung ab:

> In Wahrung der uns anvertrauten öffentlich-rechtlichen Interessen sind wir lediglich bemüht, Mittel und Wege zu suchen, wodurch wir uns der Bedrohung und Bedrückung der Ärzteorganisation erwehren können. Bei allen Maßnahmen und Beschlüssen leiten uns weder Kampfgelüste noch die uns von den Ärzten fälschlich angehängte Ärztefeindschaft, sondern einzig und allein die Interessen der deutschen Krankenversicherung. (Lebh. Beifall.)

In dieser Beziehung sind sich in allen Kassen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aller politischen Richtungen einig. Nach der Reichsstatistik ist das Arzthonorar in den letzten Jahren gestiegen und zwar von 2,18 Mk. im Jahre 1885 auf 5,85 Mk. im Jahre 1910 pro Kassenmitglied. Niemand darf von uns verlangen, daß wir die wirtschaftliche Existenzfrage der Ärzte in den Vordergrund unserer Aufgaben stellen. Das widerspricht dem Wesen und Zweck der deutschen Krankenversicherung. Die Kassen sind zu Entgegenkommen bereit und hoffen auf der Gegenseite denselben Willen zum Frieden. Sollte der Friede nicht zustande kommen, so werden hoffentlich die Behörden einsehen, daß die öffentlich-rechtlichen Interessen, Volkswohlfahrt und Volksgesundheitspflege höher zu bewerten sind als einseitige überspannte Forderungen einer einzelnen Berufsgruppe. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion sprach zuerst Rendant Müller-Magdeburg für die freie Arztwahl. Fräßdorf gab seinem Bedauern Ausdruck, daß einer der bisherigen Mitstreiter, eben Rendant Müller, eine Broschüre verfaßt habe, die der Leipziger Verband den Delegierten am Eingang des Saales habe überreichen lassen. Ein solches Tun richte sich von selbst. Redner ermahnte noch die Kassenvertreter, diejenigen Ärzte, die jetzt Hand in Hand mit den Vorständen arbeiten, nicht dem Leipziger Verband zu opfern, sondern zu schützen und zu schirmen.

Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Apotheker Skaller-Charlottenburg spricht sodann über „das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern", wobei er namentlich die kolossalen Aufschläge hervorhebt, die die Apotheken beim Verkauf diverser Spezialartikel nehmen, ja, die ihnen von den anfertigenden Fabriken vorgeschrieben werden. Die Krankenkassen haben gegen den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Apotheker nichts einzuwenden, aber wenn derartige Organisationen ihre Macht zu ungunsten der Bevölkerungsmassen ausnützen, so müßten wir das unter allen Umständen bekämpfen.

Am Dienstag sprach zuerst Herr Hofdachdecker Hermann Eichstädt-Weimar über „Erhebung der Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung durch die Krankenkassen". Der Referent kritisiert die heute bestehende Zwiespältigkeit des Einziehungsverfahrens und legt dem Krankenkassentag eine Resolution vor, die besagt, daß unter Berücksichtigung aller bisher gemachten Erfahrungen das Einziehungsverfahren durch die Ortskrankenkassen als der beste Weg im Interesse des Arbeitgebers und des Arbeiters gelten müsse. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Resolution gegen wenige Stimmen angenommen.

Als nächster Punkt kam das Dienstverhältnis und die nach der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Dienstordnung der Beamten zur Verhandlung. Gräf-Frankfurt a. M. hatte das Referat. Dem Vorstand des Hauptverbandes sei es gelungen, in Form eines Tarifvertrages mit der Beamten-Organisation alle wichtigen Fragen allgemein für ganz Deutschland zu regeln. Namentlich hätte man sich der Unterbeamten angenommen, die den ganzen Tag schuften müßten, während andere „den ganzen Tag nichts tun als Zeitungslesen und Bleistiftspitzen". (Heiterkeit und Unruhe.) Diese Äußerung rief eine kleine Geschäftsordnungsdebatte hervor, die auf Beschluß des Kongresses abgebrochen werden mußte. In der Diskussion, die sich bis zum andern Tag hinzog, sprachen sich Redner teils für, teils gegen ein Abkommen mit dem Beamtenverband aus. Schließlich werden die Einigungsvorschläge zur Angestelltenfrage fast einstimmig angenommen. Sie bestimmen über die Anstellungsgrundsätze: Die Anstellung erfolgt längstens nach zweijähriger Probedienstzeit, wenn das 21. bis 23. Lebensjahr erreicht ist. Nach 5jähriger Beschäftigung kann einem Angestellten nur aus wichtigen Gründen gekündigt werden. Die Gehälter sollen auf Grund örtlicher Vereinbarungen der Kassenvorstände und der Angestellten und nach einem Städteklassentarif festgesetzt werden. Der bisherige Rechtsanspruch auf Dienstalterszulagen bleibt bestehen, ausgenommen, wenn die Kündigung des Angestellten in Frage steht und durch das Unterbleiben der Gehaltszulage zunächst abgewendet werden soll, sowie im Fall einer vorherigen schriftlichen Verwarnung des Angestellten durch Vorstandsbeschluß. Bei Krankenkassen ohne Pensionseinrichtung trägt die Kasse die vollen Beiträge zur Privatangestelltenversicherung. Den Kassen wird empfohlen, die Versicherungsbeiträge der Angestellten zur Arbeiterversicherung voll zu zahlen. Der Urlaub soll je nach der Dienstdauer 1—3 Wochen betragen.

Hierauf wurde die Frage der „Zentralisation der Ortskrankenkassen" beraten. Brandes-Magdeburg bedauerte in seinem einleitenden Referat, daß die Reichsversicherungsordnung leider noch gewisse Zwerggebilde von Krankenkassen zulasse. Pflicht der Vorstände sei es, an solchen Orten, wo noch verschiedene Ortskrankenkassen nach Berufen geordnet beständen, diese zusammenzulegen. Dadurch würden leistungsfähige Kassen geschaffen, und den Versicherten könnten mehr Zuwendungen gemacht werden, auch für die Vorbeugung gegen Krankheiten könnte besser gewirkt werden. Das Thema, welches Vorstände kleinerer Kassen, die nicht gerne verschluckt werden wollen, sehr interessierte, wurde in längerer Diskussion noch weiter behandelt. Brandes konnte in seinem Schlußwort konstatieren, daß ausschlaggebende Momente gegen seine Vorschläge nicht vorgebracht seien. Alsdann sprach noch Justizrat Meyer-Frankenthal über das Verhältnis des Kassenangestelltenrechts zum Versicherungsgesetz für die Privatangestellten. Der Vorstand gab dazu die Erklärung ab, daß zu geeigneter Zeit über diese noch nicht geklärte Frage den einzelnen Kassen Direktiven und Instruktionen übermittelt werden sollen.

Als Ort der nächsten Jahresversammlung wurde sodann Breslau gewählt.

Damit waren die Verhandlungen beendet und der Kassentag wurde geschlossen.

Soziales.

Die Folgen der Konkurrenzklausel. Wie uns aus Mannheim mitgeteilt wird, wurde die Inhaftierung des Werkmeisters wegen fortgesetzten Verstoßes gegen die Konkurrenzklausel — worüber wir am 21. d. M. berichteten — trotz aller Bemühungen der vom Werkmeisterverband bestellten Rechtsanwälte aufrecht erhalten. Es wurde sogar der klagbar vorgehenden Maschinenfabrik die in dem der Klage zugrunde liegenden Vertrag nominierte Strafsumme von 3000 Mk. angeboten, falls sie sich bereit erklären würde, den Werkmeister von der Einhaltung des Vertrages zu entbinden. Die Firma verzichtet jedoch auf die Zahlung der Konventionalstrafe, sie fordert, das Gericht solle dafür sorgen, daß der Werkmeister bei der Konkurrenzfirma die Arbeit einstelle. Freiwillig tat er das nicht; er wies nach, daß er trotz vieler Bemühungen außerhalb seines Berufs keine Arbeit habe finden können, und da er leben müsse, blieb er bei der ihm angebotenen Arbeit. An dieser Einwendung jedoch störte sich das Mannheimer Landgericht nicht, es inhaftierte den Werkmeister, weil es das Gesetz so will. Was das Gericht tun wird, wenn derselbe nach Ablauf der Haftfrist wieder zu seiner Arbeit zurückkehrt, ob es neuerdings eine Haftverfügung erläßt, darauf darf man gespannt sein. Denn so viel wir in Erfahrung bringen, will der derzeitige Arbeitgeber des Werkmeisters denselben wieder in Arbeit nehmen, sobald er auf freien Fuß kommt.

Aus dem Gerichtssaal.

Bestrafte Mutterliebe. Wegen schlechter Behandlung und um seine Mutter zu unterstützen ist der Kutscher, jetzige Pionier Kurt Alfred May von der 3. Kompagnie des Pionierbataillons Nr. 12. fahnenflüchtig geworden. May wurde im Herbst 1911 beim Militär eingestellt, nachdem er seine alte arme Mutter vier Jahre ausgiebig von seinem Verdienst unterstützt hatte. Die Sorge um seine Mutter bereitete ihm manche bange Stunde. Da die Mutter einen anderen Ernährer nicht hatte (ihr Mann ist seit Jahren verschollen), wendete sie sich ans zuständige Armenamt; sie wurde aber abgewiesen. Als May das erfuhr, hatte er keine ruhige Stunde mehr. Der Gedanke, daß seine alte Mutter im Elend leben und Not leiden mußte, machte ihn ganz nervös. Als er bei einer Zusammenkunft mit seiner Mutter schließlich bemerkte, daß diese immer mehr herunterkam und elender wurde, faßte er den Entschluß, die Sache zu ändern. Dazu kam, daß er vom Sergeanten Fuhr schlecht behandelt wurde. Als er mal schlecht geschossen hatte, drohte der Vorgesetzte, ihm „die Fresse voll zu hauen"! Bei verschiedenen Gelegenheiten ist May Lausejunge, Lump genannt und als ein Stück Sch.... bezeichnet worden. Bei einem Appell kurz vor der Besichtigung soll May seine Patronentaschen nicht blank genug gehabt haben. Der Sergeant tadelte herum und warf die Patronentasche in eine Ecke, wobei er äußerte, May sei der größte Lump der Kompagnie. Bei dieser Gelegenheit äußerte dann May zu einem Kameraden in halblautem Tone: „Wenn ich den Sergeanten zum Schlachtfest mitgenommen hätte, dann wären meine Patronentaschen auch gut!" Der Sergeant war nämlich einige Tage zuvor bei Angehörigen eines andern Soldaten zum Schlachtfest gewesen. Es sollen noch mehr als die angeführten Uebergriffe vorgekommen sein, jedenfalls ist eine Untersuchung gegen den Sergeanten Fuhr eingeleitet. All die angeführten Umstände ließen schließlich in May den Gedanken reifen, fahnenflüchtig zu werden. Er wollte zur See und von dem Verdienst seine Mutter unterstützen. Am 28. April entfernte sich May aus der Kaserne, begab sich zu seinem früheren Arbeitgeber, wo er um Aushändigung eines Fahrrades bat, damit wollte er bis Hamburg fahren. Er kam aber nur bis Meißen, wo er das Rad für 35 Mark verpfändete, sich Zivilsachen kaufte und dann die Uniform ablegte. Darauf fuhr er per Bahn nach Hamburg, schickte die Uniformstücke an seine Mutter und schrieb im Briefe, sie möge sich nicht um ihn ängstigen, er gehe zur See und das erste verdiente Geld werde er ihr senden. Nur sechs Tage erfreute sich May der Freiheit, denn schon am 4. Mai wurde er in Hamburg festgenommen. In Dresden angekommen, erfolgte seine Einlieferung in die Nervenabteilung des Garnisonlazaretts zwecks Beobachtung auf den Geisteszustand. Wegen Fahnenflucht, Betrugs und Achtungsverletzung vor versammelter Mannschaft angeklagt, war May zum größten Teil geständig. Weinend erklärte er, daß er das Elend seiner Mutter nicht mehr mit ansehen und die Behandlung beim Militär nicht mehr ertragen konnte. Ohne Grund und Ursache habe er oft nachexerzieren müssen, auch sei ihm der Urlaub entzogen worden, ohne daß er wußte warum. Der als Zeuge vernommene Sergeant gab die dem Angeklagten zugefügte Behandlung zu. Stabsarzt Dr. Krüger gab als Sachverständiger sein Gutachten dahin ab, daß Max erblich belastet und geistig minderwertig sei und an Nervosität leide. Das Kriegsgericht Dresden verurteilte den bedauernswerten jungen Mann, dessen tragisches Schicksal geradezu erschütternd ist, zu **acht Monaten Gefängnis** und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes! Von Rechts wegen.

Militär-Justiz. Das Oberkriegsgericht in Dieden-hofen verhandelte am Sonnabend gegen die Kapläne Adam, Hennequin, Mathieu und Spache wegen Widersetzlichkeit. Wie bekannt, wollten die Angeklagten, die in ihrem militärischen Verhältnis der Ersatzreserve angehören und nicht geübt haben, von der Kontrollversammlung befreit sein. Sie erschienen deshalb persönlich auf dem Hauptmeldeamt und dort verlangte der Bezirksoffizier, Hauptmann Boden, im barschen Tone von ihnen, sie sollten stramm stehen. Dadurch fühlten sich die Kapläne in ihrer Ehre gekränkt und wandten sich in einer Beschwerdeschrift an den Bezirkskommandeur. In dieser Beschwerdeschrift drohten sie, falls die Angelegenheit nicht in einer sie befriedigenden Weise erledigt wird, die Sache im Landtage zur Sprache bringen zu lassen. Die vier Kapläne wurden deshalb vor das Kriegsgericht gestellt, und das Kriegsgericht erkannte auf die geringste zulässige Gefängnisstrafe von sechs Monaten und einen Tag. Gegen dieses Urteil legten die Angeklagten Berufung ein; das Oberkriegsgericht kam nach elfstündiger Verhandlung ebenfalls zu einer Verurteilung und erkannte auf je sechs Monate Festungshaft. Gleichzeitig wurde ein anderer Kaplan, der über die Behandlung durch den Hauptmann Beschwerde geführt hatte, zu drei Tagen Mittelarrest verurteilt.

Aus Nah und Fern.

Militaristische Gesinnungsschnüffelei. Folgende Schriftstücke, die dem „Vorw." auf den Redaktionstisch flogen, seien hier wiedergegeben:

Bezirkskommando I Berlin.

Berlin-Schöneberg, den . . . 1912.

dem Polizei-Präsidium

. . . . . .

Der Gefreite . . . . . , geboren . . . . . , zu . . . . . wohnhaft . . . . . , wird demnächst zur Übung eingezogen, wobei seine Beförderung zum Unteroffizier in Frage kommt.

Es wird um Auskunft gebeten, ob der Betreffende bestraft oder sonst Nachteiliges über ihn bekannt ist, und ob er etwa der sozialdemokratischen oder anarchistischen Partei angehört oder sich an der national-polnischen Propaganda beteiligt.

Bemerkt wird noch, daß die Auskunft hierüber als Grundlage zur Beurteilung der außerdienstlichen Würdigkeit des Genannten zur Beförderung dienen soll.

. . . . . .

Major.

Die auf der Anlage näher bezeichnete Person ist hier weder als Führer der Sozialdemokratie, noch als eifriger und zielbewußter Vertreter ihrer Lehren, auch nicht als Anarchist bekannt. Einem polnisch-politischen Vereine im Sinne des Ministerial-Erlasses vom 18. 7. 09 gehört die Person ebenfalls nicht an.

Charlottenburg, den . . . . .

. . . . . .

Kriminal-Kommissar.

Der . . . am . . . geboren, ist hier . . . ohne Strafzeichen gemeldet. Nachteiliges ist über denselben, auch in politischer Hinsicht, nicht bekannt geworden.

Charlottenburg, den . . . . . 1912.

Unterschrift.

Königliches Polizeipräsidium.

Urschriftlich mit Anlage ergebenst zurückgesandt. — Heeressache! —

Charlottenburg, den . . . . . 1912.

Der Polizeipräsident.

J. A.: . . . . . .

Regierungsassessor.

Bei solcher Gesinnungskontrolle läuft der „Ordnungs"-Staat sicherlich keine Gefahr, Sozis, Anarchisten oder Polen zu „befördern". — Lieb' Vaterland magst ruhig sein!

Ein Sieg der Hausfrauen. Unser Breslauer Parteiblatt berichtet aus Grünberg über einen Kampf der Hausfrauen gegen die hohen Butterpreise, die allerorts Nachahmung verdient: In einer am Freitag voriger Woche stattgefundenen Protestversammlung wurde eine Kommission gewählt, die mit den Butterhändlern wegen Herabsetzung der Preise verhandeln wollte. Am Sonnabend war die Kommission rechtzeitig auf dem Buttermarkte erschienen. Es wurde sofort mit den Verkäufern verhandelt, da sich diese jedoch hartnäckig sträubten, die Butter billiger zu verkaufen, wurde sogleich eine rührige Agitation unter dem kaufenden Publikum entfaltet, die Butter einfach nicht zu kaufen. Ausrufe der Entrüstung wurden den Verkäufern entgegengeschleudert, jedoch blieb dieses vorläufig ohne Erfolg. Endlich, durch die intensive Agitation der Kommission, ließen sich einige Händler überzeugen, daß der geforderte Preis doch wohl zu hoch sei, und die Verkäufer, die willens waren, ihre Butter zu verkaufen, gingen dann auch augenblicklich mit dem Preise um 20—30 ₰ herunter, wohingegen einige auf ihrem Standpunkt Verharrende es doch lieber vorzogen, den Markt zu verlassen. Ziemlich humorvoll spielte sich jedesmal solch ein Abzug ab; eine Anzahl der kaufenden Frauen begleiteten diese Abzügler mit nicht gerade liebenswürdigen Zurufen bis zum Ende des Marktes, wo sich diese dann wutschnaubend verdufteten. Dieser Protest sollte am Montag fortgesetzt werden, und so kam es denn auch. Das Gewerkschaftskartell hatte zur besseren Aufklärung ein Flugblatt herausgegeben, welches entschieden gegen diese hohen Preise protestierte. An jedem Zugange zum Markt wurden diese Blätter jedem Marktbesucher eingehändigt. Auch Montag waren wieder Verkäufer anwesend, die ohne weiteres 1,40 Mk., ja sogar 1,50 Mk. pro Pfund forderten. Doch wurden sie sehr bald eines Besseren belehrt, indem man sie einfach stehen ließ. Die meisten waren vernünftig und forderten wieder den Preis wie am Sonnabend, 1,20. und 1,25 Mk., höchstens 1,30 Mk. pro Pfund, und diese hatten dann auch im Nu ausverkauft. Auch am Montag zogen wieder einige Starrköpfe ab, um ihre Butter im Privat anzubieten. Es gelang, trotz der Mahnungen der Kommission, einigen Verkäufern, den Preis von 1,40 Mk. zu erzielen; jedoch waren die Fälle nur vereinzelt. Im allgemeinen wurde durchschnittlich der Preis von 1,20 bis 1,30 Mk. gezahlt. Ebenfalls sind die Kartoffeln seit Sonnabend von 5 Mark pro Zentner auf 3 Mark bis 3,50 Mark gesunken.

Die Kultur des Klassenstaats. Wir lesen in bürgerlichen Blättern: „Der neue Prozeß gegen den Raubmörder Trenkler wird, wie man jetzt erfährt, schon in der ersten Schwurgerichtsperiode nach den Gerichtsferien, die Mitte September beginnt, zur Verhandlung gelangen. Wie erinnerlich, mußte der schon einmal angesetzt gewesene Termin seinerzeit vertagt werden, da der schwer lungenleidende Trenkler nach dem Gutachten mehrerer Ärzte infolge von Blutstürzen verhandlungsunfähig geworden war. In dem Untersuchungsgefängnis wurde mit dem Raubmörder unter Anwendung von Sanatogen, Biomalz und anderer Nährpräparate eine förmliche „Aufpäppelungskur" vorgenommen, die zur Folge gehabt hat, daß sich sein Gesundheitszustand derartig gebessert hat, daß er die Verhandlung voraussichtlich ohne jede Beeinträchtigung überstehen wird. Dem Vernehmen nach soll Trenkler vor kurzer Zeit nochmals einen Selbstmordversuch in seiner Zelle unternommen haben, der aber durch das rechtzeitige Eingreifen eines Aufsehers verhindert werden konnte. — Der Mann wird mit allen Mitteln der ärztlichen Kunst gepflegt und aufgepäppelt, nur damit ihm der Scharfrichter den Kopf vor die Füße legen kann — ein herzerfreuendes Bild von der Kultur des Klassenstaates!

Der Brautkranz der „Gefallenen". Zu welchen Gewaltakten sich orthodoxe Geistliche zuweilen hinreißen lassen, zeigt ein Vorfall, der sich in dem im Kreise Schweidnitz gelegenen Orte Puschkau zugetragen hat. Der „Mittelschlesische Volksfreund" berichtet darüber: „Ein aufsehenerregender Vorfall ereignete sich am vorigen Sonntag in der evangelischen Kirche zu Puschkau (Kreis Schweidnitz). Wie uns berichtet wird, fand dort die Trauung des Bahnarbeiters K. und dessen Braut statt. Da diese von ihrem Verlobten bereits zwei inzwischen verstorbene Kinder gehabt hatte und man wußte, daß der an der Kirche amtierende Pastor Klemm sehr orthodoxen Anschauungen huldigt, nahm man der Braut den Kranz, der ihr Haupt schmückte, in der Kirche ab — bevor der Geistliche erschien. Nach Beendigung des Trauaktes wurde der Braut, die noch vor dem Altar stand, der Kranz wieder aufgesetzt. Das sah der Pastor, der schon im Begriffe war, die Kirche zu verlassen, zufällig. Er kehrte um, eilte herzu, riß der jungen Frau das Gewinde vom Kopfe und warf es weit durch die Kirche. Darauf bemerkte er: es sei eine Gemeinheit, daß das Mädchen, welches schon zwei Kinder gehabt habe, einen Kranz trüge; außerdem drohte er der Frau, die der Braut den Kranz wieder aufgesetzt hatte, mit der Polizei." — Der orthodoxe Fanatiker sei an den Bibelspruch erinnert: „Richtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!"

Kampf zwischen Spielern und Polizisten. Zu einem blutigen Kampfe zwischen Polizisten und Spielern kam es am Freitag, wie aus Chaves in Portugal gemeldet wird, bei der Aufhebung einer dortigen berüchtigten Spielhölle, die hauptsächlich von Einbrechern und Schmugglern besucht wurde. Als die Beamten in den Spielsälen erschienen, entstand unter den Anwesenden im ersten Augenblick eine Panik, die die Polizisten dazu benutzten, alles auf den Tischen befindliche Gold, im ganzen etwa 110000 Mark, zu beschlagnahmen. Bald aber hatten die Spieler ihre Ruhe wiedergewonnen und griffen nun zum Revolver. Bei dem sich jetzt zwischen den Parteien entspinnenden Feuergefecht wurden 8 Personen getötet und 14 verletzt. 42 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Von einem Schutzmann erschossen. In der Nacht zum Sonntag entstand, als ein Hausdiener wegen Unfugs festgenommen wurde, in der Berliner Münzstraße eine größere Menschenansammlung. Der Schutzmann Gabbert, der die Menschenmenge zerstreuen wollte, wurde von einem 25jährigen Burschen überfallen und zu Boden geworfen. Er gab dann, als ihm der Säbel entfallen war, auf den Angreifer einen Pistolenschuß ab. Die Menge entfloh. Der Getroffene brach nach wenigen Schritten tot zusammen. Seine Person konnte noch nicht festgestellt werden.

Riesenbrand in einer rumänischen Stadt. Nachts brach in der Möbelfabrik Fortuna in Jassy ein Brand aus. Die Löscharbeiten wurden durch den bestehenden Wassermangel äußerst erschwert und die Flammen, die an den Holzvorräten reichliche Nahrung fanden, sprangen bald bei dem herrschenden Winde auf die benachbarten Gebäude über. Bald standen sämtliche Gebäude zu beiden Seiten in Flammen. Erst nach mehrstündigen verzweifelten Anstrengungen gelang es der Wehr, das Feuer einzudämmen. Mehrere Feuerwehrleute und Privatpersonen erlitten bei den Löscharbeiten schwere Brandwunden.

Vergiftungen. Durch den Genuß giftiger Pilze ist am Sonnabend wieder einmal über mehrere Familien großes Unheil gebracht worden. In München erkrankten nach dem Genuß selbstgesammelter Pilze die beiden Oberrangiermeister Möller und Schottenhammel sowie deren Gattinnen. Die beiden Frauen sind bereits gestorben, die Männer liegen lebensgefährlich krank darnieder. Aus der gleichen Ursache erkrankten in Neustadt a. H. fünf Personen. Von den Erkrankten sind drei Personen, eine Witwe, deren neun Jahre alte Enkel und ein Dienstmädchen gestorben, die anderen liegen noch krank darnieder.

Alfred von Berger, der Schauspiel-Direktor des Wiener Burgtheaters, ist Sonnabend, 59 Jahre alt, gestorben. Vor der Übernahme dieses Postens war er Leiter des „Deutschen Schauspielhauses" in Hamburg. In dieser Eigenschaft hat er Großes geleistet. Er wirkte mit aller ihm zu Gebote stehenden Leidenschaft für die Hebung der künstlerischen Kultur. Hamburgs Kunstleben und Arbeiterbildungswesen verdankt dem Verstorbenen außerordentlich viel.

Katastrophe in einem französischen Seebade. Ein schweres Unglück, dem drei junge Mädchen zum Opfer fielen, hat sich am Freitag nachmittag am Strande von Onivalfur-mer zugetragen. Vier junge Freundinnen aus Paris nahmen in dem Seebade ein Bad, trotzdem sie wegen des hohen Wellenganges wiederholt gewarnt wurden. Nachdem sie eine Weile lustig umhergeplätschert waren, wurden sie plötzlich von einer hohen Welle erfaßt und ins Meer hinausgetragen. Vom Lande, wo man den Vorgang beobachtet hatte, eilte man sofort in Rettungsbooten den verunglückten Mädchen zu Hilfe. Es gelang jedoch nur eines der Mädchen zu retten, während die drei anderen ertranken. Zwei Leichname sind bereits geborgen worden.

Großfeuer auf dem Londoner Haupt-Telegraphenamt. Im Hauptgebäude des Telegraphenamts brach Sonnabend abend kurz vor 7 Uhr in der vierten Etage ein Großfeuer aus. Das Feuer entstand an einem Haupttisch und zwar, wie man annimmt, infolge von Kurzschluß. Im Nu standen die dritte und vierte Etage in Flammen. Etwa 2—3000 Drähte sind geschmolzen. Die Feuerwehr konnte erst nach zweieinhalbstündiger Arbeit des Feuers Herr werden. Die Räumungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Der Materialschaden ist sehr bedeutend, jedoch sind die Gebäude weniger beschädigt. — Bei dem Großfeuer konnte nur mit Mühe ein Rettungsdienst organisiert werden, um sämtliche Beamte und Beamtinnen in Sicherheit zu bringen. An die Drähte konnte man leider nicht herankommen, da sie meistens am Fußboden befestigt sind. Man beschränkte sich darauf, möglichst die Apparate zu retten. Das ist auch tatsächlich gelungen. Die meisten Verbindungen nach dem Kontinent und nach Amerika waren unterbrochen, außerdem ein erheblicher Teil der Provinz-Verbindungen. Die Löscharbeiten wurden dadurch erheblich behindert, daß die elektrische Beleuchtung sofort versagte. Man mußte daher das ganze Gebäude mit Kerzen und Petroleumlampen belichten. Man schätzt den Schaden auf mehrere Millionen Mark. Nach den bisherigen Ermittelungen sind Menschen nicht zu Schaden gekommen, weil alle Beamten das Haus verlassen konnten.

Sozialdemokrat ist nicht

der, welcher am Biertisch räsoniert, sonst aber nichts tut, sondern

Sozialdemokrat ist nur

wer für die Arbeitersache täglich mitarbeitet, seiner Organisation angehört, vor allem aber auch

das Parteiblatt liest.

Ein richtiger Sozialdemokrat begnügt sich auch nicht damit, sein Parteiblatt zu abonnieren, er wirkt täglich, stündlich auch noch für dessen weitere Verbreitung. Er wirbt und agitiert unablässig für den

„Lübecker Volksboten"

Untergang eines Fischerbootes. Infolge des ungeheuren Sturmes, der seit einigen Tagen an der französischen Küste herrscht, ist das Fischerboot „St. Louis" bei Douarnenez in der gleichnamigen Bucht gekentert. Die aus fünf Mann bestehende Besatzung fand den Tod in den Wellen.

Furchtbare Explosion in einer Petroleumraffinerie. In der Rumänisch-Amerikanischen Petroleumraffinerie in Bloetschti (Rumänien) erfolgte Freitag nachmittag infolge Platzens eines Kessels eine schwere Explosion, bei der dreizehn Arbeiter auf der Stelle getötet wurden und mehrere andere schwere Brandwunden erlitten. Die Schuld an dem Unglück trägt der Destillateur Popescu, der einen schadhaften Kessel mit Petroleum füllen und in Betrieb setzen ließ. Popescu wurde bereits verhaftet.

Wieder ein Polizeimord. Ein neuer Polizeiskandal hat die Bevölkerung von Neuyork in ungeheure Aufregung versetzt. Im Hotel Boulevard, einem übel berüchtigten Absteigequartier, wurde am Donnerstag die Leiche einer jungen Irländerin gefunden. Die alarmierte Polizei ließ die Tote ins Schauhaus schaffen und gab im Polizeibericht an, daß das Mädchen eines natürlichen Todes gestorben sei. Demgegenüber veröffentlicht jetzt der Polizeiarzt, der bei dem Leichenfund hinzugezogen worden war, daß nach seiner Untersuchung das junge Mädchen zu Tode geprügelt und erdrosselt worden war. Die Polizei hat diesen Bericht unterdrückt und statt dessen eine natürliche Todesursache angegeben. Die Privatdetektivs des Staatsanwalts Wheeleman haben jetzt festgestellt, daß die Ermordete durch einen gewissen Reilly, einen politischen Bandenführer nach dem Hotel Boulevard gelockt und dort von ihm ermordet worden ist. Die Ermordung geschah, weil die Zeugin Beziehungen zu verschiedenen einflußreichen Politikern unterhielt und gedroht hatte, die Beziehungen zwischen der Neuyorker Polizei und dem Verbrechertum dem Neuyorker Staatsanwalt preiszugeben.

Ein Polizeisergeant erschossen. In Kattowitz ist der Polizeisergeant Lorat von dem Kontoristen Solik erschossen worden. Der Täter befand sich mit mehreren Bekannten in einem Café. Dort entstanden Streitigkeiten, die sich auf der Straße fortsetzten. Als der Polizeisergeant hinzukam und Solik verhaften wollte, tötete dieser ihn durch einen Schuß ins Herz. Der Täter wurde verhaftet.

Eine eigenartige Todesursache. Im lothringischen Orte Kneutlingen verschluckte ein Arbeiter beim Biertrinken eine Wespe, die ihm im Schlund einen Stich versetzte, der den Tod des Mannes herbeiführte.

Sechs Arbeiter verschüttet. Bei dem Bahnbau zu Saveni wurden sechs Erdarbeiter durch herabstürzende Lehmmassen verschüttet. Trotz sofort vorgenommener Rettungsarbeiten konnten alle sechs Arbeiter nur noch als Leichen geborgen werden.

Massenvergiftung. In der bei Neapel gelegenen Stadt Giuliano de Campania hatte der Bürgermeister Nicola Pirozzi ein Diner gegeben, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen waren. Als Dessert wurde Eis serviert. Bald nach dem Diner wurden alle Teilnehmer von heftigen Schmerzen befallen. Sechzig Personen mußten ins Hospital gebracht werden, wo sie starben. Die übrigen befinden sich zum Teil in Lebensgefahr.

Kleine Chronik. Das Theater des Westens in Charlottenburg ist durch Feuer teilweise zerstört worden. — In Glöwen an der Berlin-Hamburger Bahn fanden Kinder eine Platzpatrone, die sie in ein Kinderschießgewehr steckten, um damit zu schießen. Die Patrone traf einen sechsjährigen Jungen in den Rücken und verursachte einen Bluterguß, an dem der Knabe trotz schneller Operation gestorben ist. — In Franzensdorf hat die Kondukteursfrau Hübschmann in einem Schubfach eine Granate gefunden, die noch aus der Dienstzeit ihres Gatten stammte. Beim Wegwerfen explodierte das Geschoß und verletzte die Frau lebensgefährlich. Sie wurde buchstäblich zerfleischt; ihr Zustand ist hoffnungslos.

Kleines Feuilleton.

Gewonnenes Land. Am 9. August 1912 waren 50 Jahre verflossen, seit der Abzugskanal des in den Abruzzen gelegenen Fuciner Sees zum ersten Male geöffnet wurde und der Abfluß des Wassers begann, der 1875 endigte. Der See maß im Umkreis 52 Kilometer, und schon Julius Cäsar hatte seine Austrocknung ins Auge gefaßt, um neues Kornland für die unersättliche Hauptstadt zu gewinnen. Der Kaiser Claudius versuchte dann das Wasser durch den Bau eines riesigen Emissärs abzuleiten. Elf Jahre lang wurden 30 000 Sklaven mit der Herstellung eines großen Abzugstunnels beschäftigt, der noch heute sichtbar ist und 5605 Meter weit in lebendiges Gestein gehauen ist. Die unrichtige Anlage dieses Tunnels war schuld, daß der See nur zum Teil entleert wurde, und der Abzugskanal sich schon nach wenigen Generationen völlig verstopfte. Da der See durch seine Ueberschwemmungen große Verwüstungen anrichtete, wurde 1852 eine Aktiengesellschaft gegründet, die den Abzugstunnel des Claudius wieder in Stand setzen wollte. Die Ausgaben waren aber so groß, daß die Gesellschaft ihre Zahlungen einstellen mußte, worauf der päpstliche Bankier, Fürst Alexander Torlonia, auch noch die andere Hälfte der Aktien ankaufte, um ganz allein das Riesenwerk zu übernehmen. Nur ein Teil der altrömischen Werke konnte benutzt werden. Im August 1862 begann, wie gesagt, der erste Abfluß, der ein Jahr dauerte. Dann vertiefte man den Abzugstunnel. 1875 war endlich der ganze See ausgetrocknet. Nun wurde das gewonnene Land durch ein ungeheures Netz von Kanälen, das im ganzen 800 Kilometer mißt, in mustergültiger Weise mit Wasser versehen, so daß die 14 000 Hektar Ackerboden heute 10 000 Menschen Arbeit geben und einen Bruttoertrag von 6 Millionen abwerfen. Es wird Getreide und Obst gebaut, außerdem Rindvieh und Pferdezucht betrieben. Die Austrocknung des Sees hat einen Kapitalaufwand von 40 Millionen erfordert, während die Kosten des Versuchs des Claudius auf 247 Millionen berechnet werden. Als Torlonia seinerzeit die Sache übernahm, soll er gesagt haben: „Entweder trockne ich den See, oder er trocknet mich aus." In dem Kampfe ist der See unterlegen, denn davon, daß die Torlonia auf dem Trockenen säßen, hat man nie etwas gehört. Außer einem Zuwachs an sozialem Reichtum bedeutet übrigens die Austrocknung auch einen großen Gewinn für die Sicherheit und Gesundheit der umwohnenden Bevölkerung, die vorher schwer von Überschwemmungen bedroht und von der Malaria heimgesucht wurde.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 24. August.

Bauern-Butter Pfd. 1,35—1,40 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,45—1,50 Mk., Hasen 3—3,50 Mk., Enten 2,50—3,00 Mk. Hühner 1,80—2,80 Mk., Küken Stück 1,00—1,50 Mk., Tauben Stück 50—60 Pf., Gänse — Pfd. — Mk., Flickgans — Mk., Schinken Pfd. 1,15—1,20 Mk., Schweinskopf Pfd. 60 Pfg., Wurst Pfd. 1,30—1,50, Eier Stck. 8½—9 Pfg., Heringe — Pfg., Dorsche genüg, Süßwasserfische genüg, Karpfen Pfd. — Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk. Schleie 1,30—1,40 Mk., Brachsen —,60 Pf., Hechte Pfd. — Pf., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,50—1,00 Mk. Karautschen Pfd. 80 Pfg., Gemüse genüg. Blumenkohl der Kopf 30—60 Pf., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken. 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Aepfel. verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Pflaumen. pr. 100 Pfd Mk., Kirschen Pfd. 50—60 Pfg., Kartoffeln 10 Pfd. 50 bis 60 Pfg., Aland Pfd. — Pfg. Steinbutt, lebende Pfd. 80—90 Pfg. Spargel 1. Sorte 00—00 Pf., 2. Sorte 00 Pf. 3. Sorte 00—00 Pf.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 24. Aug.

Auftrieb 1552 Schweine. Markt rege geräumt. Überstand — Stück.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., —,— bis 82,— (—,— bis 65,00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfund, Tara 20 Proz., 81,— bis 82,00 (65,— bis 65,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 80,00 bis 81,00 (62,50 bis 63,00 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfund, Tara 22 Proz., 78,00 bis 79,00 (61,00 bis 61,50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 70,— bis 77,— (53,00 bis 58,50) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 76,— bis 77,00 (61,— bis 61,50) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 70,00 bis 75,00 (54,50 bis 58,50) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.